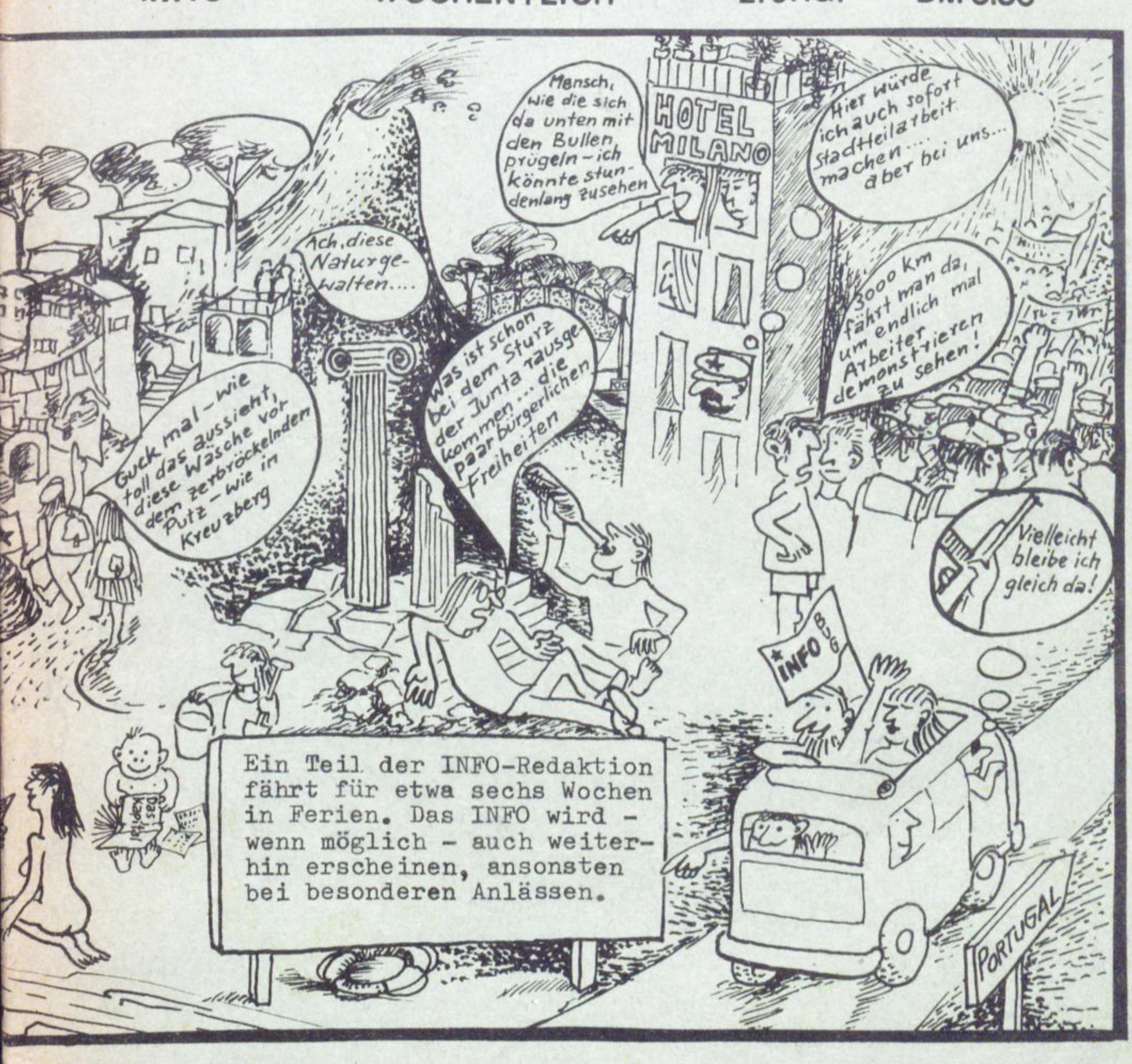
# ★ INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN 65

7.7.75 WÖCHENTLICH 2. JHG. DM 0.50



# KOLLEKTIVE AKTION GEGEN POLITISCHE DISZIPLINIERUNG

Bericht

Das Bezirksamt Wedding führt in jedem Sommer in Oberfranken ein Zeltlager für Weddinger Kinder durch. Wir (12 Personen) hatten uns im Februar als Betreuer für dieses Lager beworben und uns bereits seit Januar intensiv darauf vorbereitet, ohne dafür bezahlt zu werden. Während der Monate bis zur Einstellung, vor allem in der letzten Woche, wurden wir ständig mit den Mängeln des Verwaltungsapparates des Bezirksamtes konfrontiert, z.B. blieben wir auch bis zum Abfahrtstage ohne Zusage für unsere Einstellung. Am Tage der Einstellung wurden wir dann vor die Tatsache gestellt, daß zwei Mitglieder unseres Teams auf Grund der Überprüfung durch den Verfassungsschutz von der Einstellung ausgeschlossen wurden. Diese Ablehnung konnte durch eine solidarische Aktion des gesamten Teams rückgängig gemacht werden.

Wir erschienen alle am Einstellungtag im Bezirksamt zur Unterzeichnung unserer Arbeitsverträge. Nach längerem Watren wurde uns mitgeteilt, daß bei zwei Leuten Verdacht auf Verfassungswidrigkeit bestehe, ohne nähere Begründungen dafür abzugeben. Wir waren uns alle einig daß wir die Ablehnung der beiden nicht hinnehmen. Der stellvertretende Amtsleiter teilte uns nach einer Unterredung mit dem Stadtrat und weiteren Amtspersonen mit, daß diese Entscheidung nicht zu ändern sei.

Er versuchte uns zu spalten, indem er die restlichen 10 Leute aufforderte, den Vertrag sofoert zu unterschreiben. Darauf ließen wir uns nicht ein; wir bestanden auf einem Gespräch mit dem Stadtrat, obwohl versucht wurde, uns einzureden, daß der Stadtrat letztlich keinen Einfluß auf unsere Einstellung habe. Durch konsequentes Auftreten erreichten wir, daß der stellvertretende Amtsleiter ein Gespräch mit dem Stadtrat vermittelte. Hier erklärten wir, daß wir keineswegs bereit seien, auf die beiden zu verzichten, einmal wegen der gemeinsamen Vorbereitung und zum anderen hatten die anderen beiden im letzten Jahr im Zeltlager Erfahrungen gemacht, die wir in diesem Jahr verwerten wollten.

Das Argument, daß wir 200 Berliner Kinder um ihre Ferien bgingen würden, erwies sich zwangsläufig als falsch, da wir gerade dabei waren, um unsere Einstellung als Team zu kämpfen. Unsere Position wurde außerdem dadurch bestärkt, daß das Bezirkamt nicht in der Lage war, in so kurzer Zeit ein alternatives Team aufzustellen.

Hier passierte dasselbe wie bei den vorrausgegangenen Gespräch mit dem stellvertretenden Amtsleiter: auch der Stadtrat versuchte zunächst die Zuständigkeit für die Einstellung auf die Personalverwltung abzuschieben.

Für uns war klar, daß wir ein Gespräch mit dem Bürgermeister führen wollten. Ganz plötzlich zeigte es sich, daß auch ein Stadtrat über "gewisse" Einflußmöglichkeiten verfügt. Nachdem er uns längere Zeit draußen warten ließ, wurde uns unsere Einstellung als gesamtes Team mitgeteilt. Eine offizielle Begründung haben wir bis heute dafür noch nicht erhalten.

Einschätzung:

Wir sehen darin, daß alle Helfer eingestellt werden, einen Erfolg, den wir durch unser solidarisches Verhalten erzielen konnten. Sicherlich wäre es falsch, allein aus unserem Fall zu schließen, daß kollektives Handeln die einzige Waffe gegen die Berufsverbote ist. Uns kamen folgende gute Umstände zugute:

1. Es handelt sich bei uns um befristede Zeitverträge, die für das Bezirksamt kaum die Gefahr politischer Aktivität beinhalten.
2. Das Bezirksamt hatte bei unserer Einstellung eindeutig geschlampt; Erst wenige Tage vor der Abreise ins Lager wurde die verfassungsmäßige Überprüfung aller Bewerber angeordnet, sodaß bei Vorliegen der Ereignisse kein Ersatzteam bereit stand.
3. Der CDU-Stadtrat war erst seit kurzem im Amt und hätte sich ein Scheitern des Zeltlagers parteipolitisch noch nicht leisten können.
4. Darüberhinaus kann er die Tatsache, daß er sogenannte "Verfassungsfeinde" wegen der Schlamperei der SPD-freundlichen Mitarbeiter miteinstellen mußte, als Argument dafür benutze daß diese von ihrer Arbeit suspendiert werden.

Trotz dieser spezifischen Umstände haben wir in der Auseinandersetzung mit dem Bezirksamt wichtige Erfahrungen gemacht, die man in ähnlichen Situationen verwerten sollte:

- die politisch Verantwortlichen schieben die ihnen unterstellte Mitarbeit zunächts vor, um bei den Betroffenen von vorneherein jeden Widerstand zu brechen. Daher ist es wichtig, die niederen Ebenen der Bürokratie zu überspringen und seine Forderungen sofoert an die höhere Instanz zu richten.
- da davon ausgegangen werden kann, daß die Überprüfung durch den Verfassungschutz in unsrem Falle abgeschlossen war, zeigte es sich hier, daß die Einstellungsbehörde durchaus selbst entscheidet, ob sie einen Bewerber nimmt oder nicht. Sie ist also nicht automatisch an das Urteil des Verfassungsschutzes gebunden, sondern kann auf höchster Ebene über Nacht entscheiden. Es ist deshalb wichtig, bei jeder Einstellung bei der entsprechenden Institution entsprechend Druck auszuüben.
- bei Einstellungen von Gruppen sollte vorher der Fall diskutiert werden, daß einige Mitglieder nicht durch die Überprüfung kommen. Wir hatten uns auf diese Möglichkeit vorbereitet und konnten deshalb den Spaltungsversuch des Bezirksamtes erkennen und abwehren.
- wir haben bei der Auseinandersetzung mit dem Bezirksamt gelernt, daß man nur etwas erreichen kann, wenn man sich solidarisch erklärt, sich nicht gleich einschüchtern läßt und Spaltungsversuchen des Bezirksamtes erkennen und abwehren.
konsequent entgegentritt.

Diese Erfahrugen waren für jeden von uns persönlich wichtig: nur gemeinsam sind wir stark!

Wir haben alle riskiert, keine Arbeit zu bekommen und wir haben deshalb etwas gewonnen. Sicherlich nicht viel aber eine wesentliche Erfahrung.

Abschließend sei noch bemerkt, daß wir keinen einhaltlichen politischen Linie angehören. Unsere unterschiedlichen Positionen haben uns jedoch nie daran gehindert, zusammenzuhalten. Wenn man im Kampf gegen die Berufsverbote politische Richtungskämpfe in den Vordergrund stellt, kann garnichts erreicht werden. Das sollten endlich alle einsehen - auch die von morgen!

Betreuerteam des Zeltlagers

# AKTIONSKOMITEE UND DIE SEW

Bereits auf der Großveranstaltung des Aktionskomitees am 23.6.75 wurde ein Konflikt deutlich, der im Aktionskomitee ausgetragen werden mußte. Zunächst kurz den Fall: Am Rudolf Virchow Krankenhaus (RVK) hatte der Personalrat mit Stimme eines SEW-Mitgliedes der Kündigung einer Krankenschwester, Mitglied der KPD, zugestimmt. Die Kündigung wurde begründet mit der Mitgliedschaft in der KPD, mit ihrer schriftlichen Mitteilung an den Arbeitgeber, der Staatsapparat sei täglich am Arbeitsplatz ihr Gegner (sinngemäß) und sie habe mit dieser Äußerung das Gelöbnis gegenüber dem Dienstherrn gebrochen. Den Vorschlag des Personalrats zu einem klärenden Gespräch hatte sie ausgeschlagen.

Für die übergroße Mehrheit des Aktionskomitees stand fest, daß sich das Verhalten des SEW-Mitglieds nicht mit den Grundsätzen der Plattform vereinbaren lässt. Deshalb wurde versucht, von der SEW-Hochschulgruppe eine Erklärung zu erhalten die verdeutlicht, daß sie sich dafür einsetzen wird, daß sich deartige Fälle in Zukunft nicht wiederholen können.
Am 26.6. fand ein Gespräch des Leitungskomitees und der SEW-Hochschulgruppe statt. Die SEW-Hochschulgruppe sah sich nicht in der Lage eine entsprechende Erklärung abzugeben. Sie kündigte jedoch ein grundsätzliches Papier über das Verhältnis von Solidarität und Schutz der Betroffenen an.
Bezüglich der Ereignisse am RVK nahm die SEW-Hochschulgruppe sowohl auf der Sitzung des Leitungskomitees als auch auf dem Plenum des Aktionskomitees folgende Position ein:
Im RVK sei die gewerkschaftliche Bewegung schwach, erstes Ziel auch des Kampfes gegen Berufsverbote sei es die politische Bewegung insgesammt zu verbreitern und zu stärken. Von daher abgeleitet ergibt sich, daß in diesem konkreten Fall der Schutz der Betroffenen um jeden Preis, niedriger zu bewerten sei als der möglich Verlust gewerkschaftlicher Positionen.
In zwei anderen Fällen -betroffen waren zwei Mitglieder der Liga gegen den Imperialismus- sei es dem Personalrat auf Grund eines anderen Verhaltens der Betroffenen gelungen, am RVK eine Solidaritätsfront herstellen zu helfen und eine Kündigung abzuwehren.

Am 27. 6. fand eine Sitzung des Aktionskomitees statt. Hier wurde das Ergebnis des Gesprächs zwischen Leitungskomitee und SEW-Hochschulgruppe diskutiert.
Zitat aus dem Protokoll der Plenumssitzung:" Die Specher verschiedener Organisationen und FB - Initiativen kritisieren erneut die Haltung der SEW in dieser Frage. Sie falle mit ihren Äußerungen noch weit hinter das Verbotsurteil der KPD zurück, indem sie die Wahrnehmung des Rechts auf freie Meinungsäußerung nur aus diejenigen beschränkt wissen wolle, die sich auf das GG stellen. Wenn man sich in solchen Situationen, der Entlassung einer Kollegin, so verhielte wie die SEW, überlasse man die Notwendige Auseinandersetzung über die richtigen Mittel zur Erreichung des gemeinsamen Ziels - der Veränderung der bestehenden Zustände - dem Staat. Diese Auseinandersetzung sei hingegen innerhalb der linken Bewegung zu führen......
Der KPD-Vertreter kritisiert zunächst die Haltung der SEW, "vom Standpunkt der Bewegung" her zu argumentieren. Hinter dieser Position verberge sich nichts anderes, als der Versuch, sich in den Staatsapparat einzuschleichen. Dafür, daß Karin Kaiser kein Einzelfall sei führt er ein weiteres Beispiel aus dem Moabiter Krankenhaus an, wo eine vom Gewerkschaftsausschluß bedrohte Kollegin von ihren Kollegen, dem Betriebsgruppenvorstand am Reden gehindert wurde und die Sitzung durch diesen Vorstand, der vorwiegend aus SEW-Mitgliedern besteht aufgelöst wurde.
Die Vertreterin der POLÖK benennt Positionen von SEW-Mitgliedern im BdWi: KPD-RAF-Reaktionär-Kriminell, und weist diese Gleichsetzung scharf zurück, leitet daraus die in SEW-Kreisen verbreitete Meinung über die KPD her, auf deren Grundlage solche Entscheidungen wie die im RVK verständlich würden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt existiert in der POLÖK noch kein einheitlicher Standpunkt in Bezug auf einen Ausschluß der SEW.
Das Sozialistische Plenum stellt fest: an der Position der SEW habe sich seit der letzten Sitzung nichts verändert, aus diesem Grunde sei noch heute über einen Ausschluß abzustimmen. Gleichzeitig müsse der offensive politische Kampf gegen die Harakiri-Politik, die die KPD mit ihren Mitgliedern betreibe geführt werden.
Auch die GIM ist der Ansicht, die SEW Hochschulgruppe sofort auszuschließen, da sie gegenüber der letzten Sitzung ihre Position in keiner Weise revidiert habe.
Die SEW ist der Meinung, daß das Grundrecht des ungehinderten Zugangs zu allen öffentlichen Ämtern unbedingt geschützt werden müsse, der Betroffene, dem dieses Recht beschnitten werden soll müsse jedoch Wege wählen, die es seinen Kollegen ermöglichen ihm diesen Schutz zu gewährleisten. Karin Kaiser habe nicht diesen sondern den anderen, provokatorischen Weg gewählt, und damit eine effektive Solidarität von sich aus verhindert.
Der Vertreter des Leitungskomitees stellt Kriterien auf, nach denen seiner Meinung nach eine Abgrenzung der noch zu verteidigenden Aussagen und Handlungen von solchen, die nicht mehr zu verteidigen sind, vorzunehmen sei: a) programmatische Äußerungen
b) Straftatbestand von Handlungen,
c) offene Dienstpflichtverletzungen.
Im Falle von Karin Kaiser seien ihm nur programmatische Äußerungen über ihre Position zur Verfassung bekannt, die beiden anderen Kriterien - die möglicherweis angeführt werden könnten - könnten auf sie nicht angewandt werden. Die SEW habe Karin Kaiser also die Solidarität wegen bloßer Meinungsäußerung aufgekündigt. Die SAZ habe ebenso wie die POLÖK zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keinen endgültigen Beschluß in dieser Frage gefasst..

Zur Abstimmung lagen drei Anträge vor, die vom sofortigen Ausschluß der SEW-Hochschulgruppe bis zum Aufschub der Entscheidung und erneuten Diskussion auf der Grundlage von Positionspapieren reichten.
Der Antrag dem Leitungskomitee den sofortigen Ausschluß der SEW zu empfehlen wurde mit 10:5:2 angenommen. Die anderen Anträge wurden mit großer Mehrheit abgelehnt. (3:12:2, b.Z.w. 2:13:2)

Dem Leitungskomitee wurde nochmals am Ende der Plenumssitzung am 27. 6. einstimmig das Vertrauen aller mitarbeitenden Organisationen ausgesprochen.

Daraufhin wurde im Leitungskomitee nochmals intensiv das Verhalten der SEW-Hochschulgruppe und ihr politischer Standpunkt diskutiert. Es standen am Ende zwei Kompromißformeln sowohl des Leitungskomitees als auch der SEW-Hochschulgruppe fest:

KOMPROMISSFORMEL DES LEITUNGSKOMITEES:
1. Die SEW-Hochschulgruppe (FU) hält Meinungsäußerungen die von Mitgliedern politischer Organisationen oder anderen Personen abgegeben werden auch dann noch mit der Schutzpflicht im Sinne des Aktionskomitees gegen Berufsverbote für vereinbar, wenn sich diese Äußerungen in toto gegen die Verfassung und/oder den Staat richten. Sie stellen im Sinne des Artikel 5 GG Meinungsäußerungen dar, die durch die Grundrechte selbst geschützt sind.
2. Auch für den Fall, daß das Schutzbedürfnis der Betroffenen (unter anderem Meinungsfreiheit) mit der Effektivität des politischen Kampfes kollidiert oder zu kollidieren scheint, wird die SEW Hochschulgruppe darauf hinwirken -im Rahmen ihrer Möglichkeiten- eine Abwägung zu Gunsten der im Grundgesetz und der Westberliner Verfassung verankerten Grundrechte vorzunehmen, ohne durch Entzug des unmittelbaren Schutzes Form und Inhalt der Wahrnehmung zu zensieren.

KOMPROMISSFORMEL DER SEW-HOCHSCHULGRUPPE:
1. Wie Absatz 1. der Kompromissformel des Leitungskomitees.
2. Politische Solidarität im Kampf gegen die Berufsverbote ist für uns nur auf der Grundlage der Plattform des Aktionskomitees praktizierbar.

Auf der Sitzung des Plenums am 2. 7. wurde die Kompromissformel des Leitungskomitees von der Mehrheit der mitarbeitenden Organisationen verabschiedet (17:1:2). Diese Abstimmung erfolgte ohne Beteiligung der SEW-Hochschulgruppe. Nach nochmaliger Beratung blieb die SEW-Hochschulgruppe bei ihrer Position. Daraufhin legte das Leitungskomitee folgenden Beschluß vor:

Das Leitungskomitee verurteilt aufs schärfste das Verhalten der SEW-Hochschulgruppe bezüglich der fristlosen Kündigung von Karin Kaiser, und betrachtet die SEW-Hochschulgruppe nicht mehr als mitarbeitende Organisation des Aktionskomitees und fordert die SEW-Hochschulgruppe auf, im Aktionskomitee vorerst einen Beobachterstatus einzunehmen, da sie den Schutz der Betroffenen nicht in allen Punkten im Sinne der Plattform zu gewährleisten bereit ist. Das Leitungskomitee geht davon aus, daß Meinungsäußerungen, die von Mitgliedern politischer Organisationen oder anderen Personen abgegeben werden auch dann noch mit der Schutzpflicht im Sinne des Aktionskomitees gegen Berufsverbote vereinbar sind, wenn sich diese Äußerungen in toto gegen die Verfassung und/oder der Staat richten. Sie stellen im Sinne des Artikel 5 GG Meinungsäußerungen dar, die durch die Grundrechte selbst geschützt sind.
Die SEW-Hochschulgruppe war nicht bereit dem 2. Absatz des Kompromissvorschlages des Leitungskomitees zuzustimmen.

Diese Stellungnahme des Leitungskomitees wurde vom Plenum mit 18:1:2 Stimmen akzeptiert.

SEW-Hochschulgruppe und ADSen gaben folgende Stellungnahmen zu Protokoll:

Stellungnahme der SEW-Hochschulgruppe FU zum "Kompromissvorschlag" des Leitungskomitees:
1. Was heißt "den Schutz der Betroffenen gewährleisten"? Die Formulierung im 3. Satz der vom Leitungskomitee ausgearbeiteten Beschlußvorlage treffen nicht den Kern der Diskussion. Die SEW-Hochschulgruppe ist es, die eine "Abwägung zu Gunsten der Grundrechte" vornimmt, indem sie sagt: Es muß alles politisch dafür getan werden, daß die Grundrechte tatsächlich durchgesetzt werden können; nur so können wir unserer Schutzpflicht für alle Betroffen Genüge leisten. Das Aktionskomitee wird seiner selbst übernommenen Verantwortung für die demokratische Bewegung mit seinem Beschluß nicht gerecht, weil er die Illusion nährt, der Schutz der Betroffenen wäre anders als durch die Verbreiterung der Front der demokratischen Kräfte im politischen Kampf gegen die Berufsverbote zu gewährleisten. Die im Beschluß des Aktionskomitees suggerierte Alternative zwischen Effektivität des politischen Kampfes und Durchsetzung der Grundrechte ist daher desorientierend und falsch.
2. Wer vertritt hier Sonderintressen? Wir sind der Ansicht: Jeder , der von der Verfassungswidrigen Berufsverbotspraxis des Senats betroffen ist, muß dagegen geschützt werden. Die Realisierbarkeit dieses Schutzes wird objektiv da in Frage gestellt, wo das politische Verhalten eines Betroffenen dazu führt, daß beim Versuch, für ihn den Schutz zu gewährleisten, die demokratische Bewegung politisch geschwächt wird. Es war dem Leitungskomitee bekannt, daß die SEW-Hochschulgruppe unter "Effektivität des politischen Kampfes gegen die Berufsverbote" genau diese notwendige Stärkung der gesammten demokratischen Bewegung, d.h. die Organisierung des gemeinsamen Kampfes auch außerhalb der Hochschule auf der Grundlage der Plattform des Aktionskomitees versteht und nicht die Durchsetzung parteipolitischer Sonderintressen in diesem Kampf. Daß ein Gegensatz hierzu das provokatorische Vorgehen der "KPD" und ihrer Wahlkandidatin am RVK einzig und allein von dem "partei"-politischen Sonderinteresse der Profilierung der eigenen Märtyrerposition und der Diskreditierung gewerkschaftlicher Personalratsarbeit diktiert war, war dem Leitungskomitee voll bewußt und wurde von Vertretern des Leitungskomitees wiederholt so eingeschätzt. Wir halten daher die Begründung des Ausschlusses der SEW aus dem Aktionskomitee für einen bloßen Vorwand.
3. Da der "Kompromissvorschlag" weder die Kernfrage der Auseinandersetzung (nämlich: wie ist der Schutz für alle Betroffenen realisierbar? - siehe Punkt 1.) noch dem vom Leitungskomitee selbst eingestandenen Provokationscharakter des konkreten Falls, von dem die Diskussion ausging Rechnung trägt, können wir ihn nicht als den Versuch eines wirklichen Kompromisses ernst nehmen. In dieser Auffassung werden wir dadurch bestärkt, daß das Leitungskomitee mit seinem Vorschlag versucht hat, die SEW-Hochschulgruppe auf eine Linie der "innerparteilichen Opposition" zu locken - ein lächerlicher Versuch für jeden Diskussionsteilnehmer von vorneherein klar sein mußte: Die Hochschulgruppe FU der SEW ist eine Betriebsparteiorganisation und als solche integraler Betsandteil der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins, in der die Prinzipuen des Demokratischen Zentralismus gelten. Die Hochschulgruppe vertritt in ihrem Arbeitsbereich, an der FU, wie in allen Fragen so auch in der Berufsverbotsfrage genau diejenige Politik, die unsere Partei auf der Grundlage der Parteitagsbeschlüsse und der Dokumente der Parteivorstandstagungen an allen Abschnitten des Kampfes praktiziert.
Aus den genannten drei Gründen können wir dem Vorschlag des Leitungskomitees nicht zustimmen. Wer glaubt, mit dem Ausschluß der SEW-Hochschulgruppe aus dem Aktionskomitee unseren Ausschluß aus der demokratischen Bewegung geschafft zu haben, der irrt.

Stellungnahme der ADSen:
1. Die Art und Weise der Durchführung des Hochschultages und die Tatsache, das bisher nur an wenigen Fachbereichen der FU, Fachbereichsinitiativen arbeitenund daß es nicht gelungen ist, relevante außeruniversitäre Organisationen fest in den Kampf einzubeziehen, beweisen: Die Hauptaufgabe im Kampf gegen die verfassungswidrigen Berufsverbote besteht darin, die Plattform an der FU umzusetzen und das Bündnis zu verbreitern.
2. Nach dem Ausschluß der SEW stellte das Leitungskomitee den Antrag, das Leitungskomitee zu beauftragen, Kriterien zum Verh ältnis von Solidarität und Schutz zu erarbeiten. Daraus wird deutlich: Der Ausschluß der SEW erfolgte ohne daß die kontrovers Diskussion zu einem klaren inhaltlichen Konsens geführt hatte. Der Ausschluß erfolgte zu einem Zeitpunkt, in dem die inhaltlichen Positionen nicht geklärt waren. Das zeigt die Fragwürdigkeit des gesammten Vorganges.
3. Die Adsen verurteilen grundsätzlich die gegenwärtige Berufsverbotspraxis des Senats. Im Kampf dagegen muß ein gemeinsames Vorgehen auf der Basis einer politischen Plattform erreicht werden. Das erfordern die Interessen aller Hochschulangehörigen. Das ist die effektivste Solidarität, die denkbar ist. Solidarität mit vom Berufsverbot Betroffenen, setzt vorraus, daß sie durch ihr Verhalten ein gemeinsames Vorgehen ermöglichen; Schutz durch einen Personalrat setzt z.B. voraus, daß ein Betroffener sein Verhalten mit dem Personalrat abstimmt. Das hat Karin Kaiser nicht getan.

4. Die Adsen verurteilen den Beschluß, die SEW aus dem Aktionskomitee auszuschließen. Durch diesen Beschluß wird nämlich eine relevante Organisation ausgeschlossen, die auf dem Boden der Plattform arbeitet und in ihrer täglichen politischen Arbeit einen wichtigen Beitrag zum erfolgreichen Kampf gegen die Berufsverbote leistet. Dadurch führt das Leitungskomitee die Gefahr der Spaltung der bisher einheitlichen Bewegung gegen die Berufsverbote herbei. Von der notwendigen einheitlichkeit des Kampfes der Aktionseinheit mit Kommunisten vorrausgesetzt, sind alle das Aktionskomitee unterstützenden Organisationen und die VV-Delegierten ausgegangen, als sie sich Ende April für das Trägerschaftsmodell als Organisationsform des Aktionskomitees entschieden.
5. Die Adsen schlagen deshalb vor: Alle politischen Organisationen und die Fachbereichsinitiativen, die die Plattform unterstützen, müssen jetzt auf gleichberechtigter Basis beraten, wie trotzdem noch ein einheitliches Vorgehen der Hochschulangehörigen im Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte im Wintersemester 75/76 auf der Basis der Plattform erreicht werden kann. Dafür werden sich die Aktionsgemeinschaften einsetzen.

Wer's nicht lesen kann, der kralle sich eine Lupe!

LEUTE, ZÜCKT EURE BRILLEN, DIE SACHE HIER IST WICHTIG

# An der PH werden neue Seminarscheine eingeführt...

Pädagogische Hochschule Berlin

**BERLIN**

AN ~~VOR~~SCHLAG

noch nicht rechtsverbindlich

Pädagogische Hochschule Berlin, 1 Berlin 46, Malteserstr. 74-100

SEMINARSCHEIN PL _____ *)
WL _____

Insgesamt laut Vorlesungsverzeichnis vorgesehene Seminarstunden.....
Davon haben ordnungsgemäß stattgefunden ........ Stunden
Der/die Studentin ..................................................
hat an ..... Sitzungen teilgenommen
Er/sie hat ...... mal gefehlt (entschuldigt/unentschuldigt)

Er/Sie hat ein Referat gehalten zum Thema: ..............................
..............................................................
Die vorstehende Arbeit ist eine Einzelarbeit/selbständig erarbeiteter Teil einer Gruppenarbeit.
Die Arbeit ist archiviert unter der Nr..... Bd.....

Die Arbeit wird wie folgt bewertet:

a) Inhaltliche Richtigkeit Note: ..................
b) Stilistische Qualität Note: ..................
c) Sauberkeit der Ausführung Note: ..................
d) Handschriftlich/maschinenschriftlich
e) Pluralismusgebot beachtet (ja/nein)
f) Dogmatische Schlagworte benutzt (ja/nein)
g) Korrekt zitiert (ja/nein)
h) Auf dem Boden der fdGO stehend (ja/nein)

Mündliche Beteiligung: lebhaft - durchschnittlich - uninteressiert
sachorientiert - ideologisch - agitatorisch

Gesamtnote: ..........
Besondere Bemerkungen: ..........................................
..............................................................

Datum: .......19...

Siegel ...............................
Unterschrift des Dozenten

...............................
Unterschrift des Abteilungsvorstehers

PHIII/6-112/75

Geprüft: .......

*) Nichtzutreffendes bitte streichen

...wann hat die Wirklichkeit die Satire eingeholt?

INFO-BUG: 1-21 Stephanstr.60
tel.: 3 95 80 83
Redaktionssitzung :
Sonntags ab 19.00
Zusammenlegen :
Montags 17.00
(Laß dich mal sehen!)
ABO : 10 Nummern
W.-Bln. 10DM
BRD 11DM
Postscheckk.
K.O.Porip
1190 34-101

berliner frauenzentrum

An den
KBW

1 Berlin 62
Leberstraße 6

6.7.1975

Betr.: Euer Aufruf zur Aktionseinheit zum Protest gegen die Polizeiaktion im Frankfurter Frauenzentrum.

Wir wurden vom KBW aufgefordert, mit ihnen an einer Protestveranstaltung gegen die Polizeiaktion im Frauenzentrum Frankfurt teilzunehmen.
Zur gleichen Zeit hat der KBW in den verschiedenen Instituten der FU folgende Wandzeitungen ausgehängt:

Schlag gegen falsche Auffassungen im Kampf gegen den § 218!

Am Mittwoch, den 2. Juli wurde in den Räumen des Frauenzentrums in Frankfurt von Beamten der Kriminalpolizei eine Razzia durchgeführt. Dabei wurde u.a. eine Ärztekartei beschlagnahmt.
Der Grund für die Aktion: "Oberstaatsanwalt Rahn sagte, die Staatsanwaltschaft sei zu Ermittlungen verpflichtet, weil der Tatbestand der 'Abtreibungsfahrten' bekanntgeworden sei." (FAZ. v.3.7.)
Diese Aktion des bürgerlichen Staatsapparates müßte allen jenen die Augen öffnen, die meinen, nicht gegen den § 218 kämpfen zu müssen, sondern ihn 'unterlaufen' wollen - mit 'Fahrten nach Holland' etc. Das wird sich die Bourgeoisie nicht bieten lassen!
Die Polizeiaktion zeigt ganz klar, daß es nur ein Ziel in diesem Kampf geben kann:

Weg mit dem § 218
Weg mit dem BVG-Urteil
und als Mittel dazu:
Das Volk selber soll entscheiden!
Volksentscheid!

KHG

Antwort des Frauenzentrums Berlin - Hornstrasse 2 Tel. 2510912

Grundsätzlich befürworten wir Protestaktionen gegen die Polizeiaktion im Frankfurter Frauenzentrum.

Wir haben Euren Aufruf zur Teilnahme an Eurer Demonstration diskutiert und beschlossen, uns unter anderem aus folgenden Gründen nicht daran zu beteiligen:

1. Weil einerseits die Polizeiaktion von Euch verurteilt wird, ihr andererseits die Aktivitäten der Frauenzentren in der BRD diffamiert, wegen denen die Polizeiaktion überhaupt durchgeführt wurde (vgl. Eure Wandzeitungen).

2. In Frankfurt habt Ihr zur Aktionseinheit mit Feministinnen eigentlich selbst schon Stellung genommen (vgl. KVZ vom 20.2.75, Ortsbeilage Frankfurt):

   "Wir hätten uns als kommunistische Organisation an einen Feministenaufzug anhängen müssen, der sich Pop-Musik-spielend, kostümiert, Farbe klecksend und ideologisch einen üblen Gestank verbreitend durch die Gegend bewegt. Oder wir hätten uns mit diesen eifersüchtig auf ihre Selbstdarstellung bedachten Weibern herumkloppen müssen."

Konkrete kontinuierliche Arbeit im Kampf gegen den § 218 der Frauenbewegung in der BRD lehnt ihr als unpolitisch ab. Ihr bestätigt uns in unserer Arbeit allerdings selbst, wenn Ihr in Euren Wandzeitungen sagt: "Das wird sich die Bourgeoisie nicht bieten lassen!"
Wir wünschen Euch, daß Eure Arbeit zum § 218 der Bourgeoisie weiterhin genehm bleibt.

DAZU HAT DAS FRAUENZENTRUM BERLIN WIE FOLGT STELLUNG GENOMMEN.

STELLUNGNAHME des fzs berlin zur razzia der politischen Polizei im frankfurter frauenzentrum und
A U F R U F zur solidaritätsaktion

Am Dienstag Abend wurde das Frankfurter Frauenzentrum (FZ) von der politischen Polizei und der Mordkommission durchsucht, dabei wurde eine Ärztekartei und statistisches Material beschlagnahmt. Die Staatsanwaltschaft hat ein Verfahren gegen die Mitglieder des FZ eingeleitet, denen vorgeworfen wird, Fahrten zu Abtreibungskliniken ins Ausland zu organisieren.

Nach dem zur Zeit geltenden Recht und der vorgesehenen Neufassung des § 218 ist es sowohl strafbar, Beihilfe zur Abtreibung zu leisten, als auch selber abzutreiben, sowohl hier als auch im Ausland.

Die Frauen aus den Frauenzentren in der BRD und in Westberlin wollen mit ihrer Abtreibungsberatung, Schwangerschaftsunterbrechungen kollektiv organisieren und dadurch die finanziellen Härten der Abtreibung abmildern und Isolation und Schuldgefühle der Frauen aufzuheben.

Die Frauen, die angefangen haben, das Recht auf Selbstbestimmung praktisch durchzusetzen, werden jetzt exemplarisch bestraft. Diese Maßnahmen richten sich aber gegen alle Frauen!!
Solange der § 218 besteht, werden wir weiterhin gezwungen sein unter entwürdigenden und gefährlichen Bedingungen abzutreiben. Deshalb machen auch wir Berliner Frauen, ebenso wie die Frauen in den anderen FZs unsere Beratungen weiter und setzen uns für die ersatzlose Streichung des § 218 praktisch ein.

Wir lassen uns nicht kriminalisieren, sondern gehen an die Öffentlichkeit und fordern alle auf, die Frauenzentren zu unterstützen und in ihren Bereichen den § 218 zu unterlaufen.

Kommt am Samstag, den 12.7., um 11 Uhr mit Autos zum Wittenbergplatz. Von dort aus beginnen wir, mit einem Autokorso unsere Solidarität mit den Frauen des Frankfurter Frauenzentrums auszudrücken.

(Wegen der Parolen, die mitgeführt werden sollen, - ruft bitte am Donnerstag, 10.7. ab 20 bis 21 Uhr im Frauenzentrum an. Tel.: 25 10 912.)



# GI-GRUPPE FORWARD

Der Karikaturist der oppositionellen Westberliner GI-zeitschrift FORWARD, Robert "Ziggy" Donoven, wurde am freitag den 27.6. von der US-Armee in den Raum Stuttgart strafversetzt. Der US-gefreite, der bei der einheit HHC 3-6 Dienst tat, hatte nur fünf stunden zeit, um dem befehl nachzukommen und westberlin mit einem militär-zug zu verlassen. Wie der zuständige batallions-kommandeur Herzig am sonntag gegenüber protestierenden soldaten gesprächsweise mitteilte, habe Donovan "von der kommandatur abweichende meinungen vertreten".

Donovan war seit seiner miterbeit bei FORWARD -- er zeichnete seit den letzten herbst für die zeitschrift -- bereits zweimal innerhalb von westberlin versetzt worden. Nach der erfolgten strafversetzung in die brd ist Donovan auch die möglichkeit genommen, den ihm gewährten dreitägigen sonderurlaub nach dem 4. juli anzutreten. Die auszeichnung war dem GI in anerkennung "besonderen fleißes" -- er hatte in einer woche etliche überstunden als militär-zeichner gemacht -- wenige tage vor seiner überraschenden strafversetzung zugesagt worden.

(aus berliner Extra dienst

## INDIANER PROTEST

Der konkrete anlaß für diese versetzung war der indianer-protest, derfür den 4. juli geplant war. die kommandatur hatte ziggy, einen weißen, und bob red eagle, einen indianer, als "rädelsführer" bezeichnet. Ziggy war zwar mit der geplanten aktion solidarisch; es war aber nur die rassistische denkweise der kommandatur, die es für unmöglich hält, daß so eine sache ohne weisse führung zustande kommen könnte, und ihn zum rädelsführer machte. Daß eine gruppe von leuten gemeinsam und ohne führer ihre eigene sache in die hand nehmen und ihre eigene interessen vertreten kann, ist dem militär unbegreiflich.

Bob red eagle, auch beim 3. Batallion, 6. infantrie wurde eine versetzung angeboten. Er lehnte ab. Da er als sprecher der indianer aufgetreten war, wäre es der kommandatur zu heikel gewesen, ihn wie im falle ziggy einfach rauszuschmeissen. Die kommandatur bot red eagle daraufhin eine ehrenhafte entlassung an. Er lehnte ab, es sei denn, allen beteiligten das gleiche angeboten würde.

Die brigade versuchte dann eine neue taktik. Am 3o.6. und 1.7. wurden die indianer einzeln zum "gespräch" mit dem brig. gen. Tice befohlen. Er erzählte jedem von versetzung, knast, usw. Der psycho-terror wirkte. Einige indianer mit familien wurden schwankend und überlegten ihre weigerung, an der 4. juli-parade teilzunehmen, noch einmal. Ein kompromiß wurde ausgehandelt: für ihre beteiligung an derparade, wurde ein minderheiten-forum für freitag abend angesetzt. Die presse sollte dabei sein, und die indianer, schwarzen, puerto-rikaner und chicanos (mexikanische-amerikaner) würden die gelegenheit bekommen, ihre unterdrückung und ihre forderungen darzustellen.

## PROTEST BEI DER 4. JULI PARADE

Leute von FORWARD, AIM, und einige Spontis waren freitag früh bei der parade, um ihre Solidarität mit den marschierenden indianern zu zeigen. Als die einheiten vorbeimarschierten, haben wir unsere spruchbänder hochgehalten:




the people strike back!

2oo jahre usa - 2oo jahre völkermord", "4.juli '75 - 4. juli '76: jahr der trauer". Drei oder vier zuschauer, darunter ein deutscher, griffen sehr schnell zu. Leider waren wir nicht genug leute um zu verhindern, daß die transparente, die aus tapeten-papier waren, durchgerissen wurden.

"Es ist unsere parade!" rief eine frau, "das sind unsere leute, die marschieren."

"Wir sind auch amerikaner!" riefen wir zurück. Eine diskussion war unmöglich. Ein zuschauer, ein junger soldat mit frau und kind, hatte uns als "kommunisten" verschrieen. Hinterher zur rede gestellt ob es "kommunistisch" sei, indianer zu unterstützen, wußte er nichts besseres zu sagen als "Der da oben hatte es zuerst gerufen!"

Später erfuhren wir, daß zwei stunden vor der parade die indianer doch vom marschieren freigestellt wurden -- unter der hand. Das militär wollte nicht riskieren, daß sie beim marschieren ihren protest kundtun würden.

Auch am abend bei dem minderheiten-forum wollte die kommandatur kein risiko eingehen. Sie haben zugesehen, daß keine presse (außer FORWARD, die von den soldaten eingeladen wurde) anwesend war. Während der woche hatte die armee-pressestelle (public affairs office) reuters und dem frankfurter rundschau u.a. gegenüber das forum verschwiegen. Dadurch bleiben die beschwerden im kleineren kreis, wo die armee die weiterhin ignorieren kann.

Jetzt geht die armee gegen die "unruhestifter" vor. Leise und mit fadenscheiniger begründung stehen anklagen und versetzungen vor.

**DER KAMPF GEHT WEITER!!!**



# PORTUGAL

Aus Portugal erhielten wir folgenden Brief:

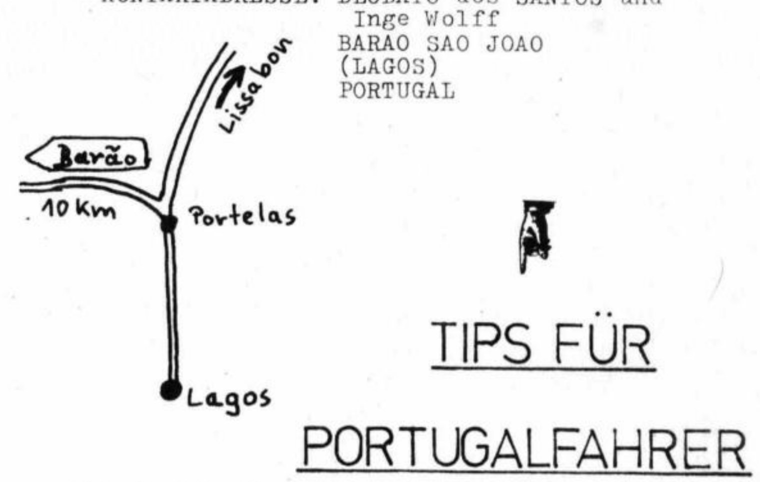
Wir haben in Lagos durch Zufall zwei Leute getroffen,die die "CAMPOS DE TRABALHO" mitorganisiert haben.Sie wußten bisher nicht, an wen sie sich in Deutschland wenden sollten,um Leute anzusprechen,die eine ähnliche Auffassung von dieser Arbeit und dem,was hier in Portugal an politischen Entwicklungen nötig ist,haben,wie sie.Auf jeden Fall wollten sie verhindern,daß hier scharenweise MLer anreisen,mit ihrem bekannten Drang,überall die "richtigen" Interpretationen an den Mann zu bringen.
Da die Camps schon in den nächsten Tagen beginnen,wäre es nötig,daß ihr sobald wie möglich eine Information darüber veröffentlicht.Der beigefügte Zettel ist die Übersetzung eines Informationsblattes für Portugiesen.Uns erscheint es wert,die Sache zu unterstützen.Es ist für die Landbevölkerung eine praktische Unterstützung für das, was sich seit dem 25.April verändert hat.

Die "CAMPOS DE TRABALHO" müssen als revolutionäre Aktion angesehen werden.Es sind Gruppen der direkten Intervention im Innerland der Algarve,Gruppen zur Unterstützung der kleinen Bauern und zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung.Es gibt eine Menge Arbeiten,die unbedeutend erscheinen,aber - einmal gelöst- ersparen sie den Bewohnern viele Stunden harter Arbeit.

Es ist Aufgabe der Teilnehmer,herauszufinden,in welchen Bereichen des alltäglichen Lebens der Bevölkerung ihre Aktivitäten möglich sind.Die Persönlichkeit und eigene Organisation der verschiedenen Camps ist Ergebnis der organisierenden Arbeit eines jeden einzelnen Teilnehmers.Die Zielsetzung ist radikal:

PHANTASIE UND ARBEIT

Der Teilnehmer kommt nicht an einen Platz, wo schon alles vorbereitet ist,wo er nur Vorbereitetes auszuführen hat.Der Teilnehmer organisiert und ergreift selbst Initiativen.
Die Selbstorganisation der Teilnehmer hat nur eine Grenze,nämlich im Inhalt ihrer Arbeit:den Notwendigkeiten und Bedürfnissen der Bevölkerung.In diesem Sinne arbeiten die Teilnehmer nach den Wünschen des Volkes. Wir kommen,um dazu zu lernen.Man muß von vornherein die Vorstellung an der Wurzel zerstören,daß wir die Lehrenden wären.Wir kommen,um der Theorie die Stärke der Praxis zu geben.
Die Gruppe organisiert sowohl die Arbeit als auch die Freizeit.Das eine wie das andere sollte in die Bevölkerung integriert sein.Das Camp hat kein Extraleben neben dem Dorf.
Es scheint wichtig,darauf hinzuweisen,daß die Teilnehmer nicht den täglichen Komfort des Stadtlebens vorfinden.
Zelte sollten mitgebracht werden;ansonsten stellt die Armee Zelte zur Verfügung.Geld fürs Essen wird gestellt; eingekauft und gekocht wird von der Gruppe selbst.
**Die Lager beginnen Anfang Juli und enden Ende September.Jeder der kommt,kann die Anzahl der Tage bzw. Wochen seiner Arbeit selbst bestimmen.**
Die Lager sind mit Hilfe der CRTA (Kommission für den regionalen Tourismus) und der "Staatlichen Organisation zur Unterstützung jugendlicher Organisationen" F.A.O.J. ins Leben gerufen worden.
KONTAKTADRESSE: DEODATO dos SANTOS und Inge Wolff
BARAO SAO JOAO
(LAGOS)
PORTUGAL




# TIPS FÜR PORTUGALFAHRER

Für Leute, die mal was praktisches machen wollen.

Es gibt hier in Berlin so viele Leute, die gerne wieder was machen würden, aber nirgendwo 'ne Perspektive sehen. Ich bin auch so einer, aber so langsam setzt sich bei mir da so was zusammen. Vor kurzem hatte ich eine Idee, die auch noch ein paar andere Leute gutfanden, und die in diesen Rahmen paßte. Wir wollten das auch praktisch angehen. Inzwischen ist wegen anderer Schwierigkeiten nicht klar, wer daran weitermachen kann. Alleine hätten wir das so wie so nicht machen können, und so will ich jetzt erst mal darstellen, worum es geht, vielleicht finden sich dann Leute, die das auch gut finden und auch machen.
Also: Die Idee war: Einerseits wir (oder ihr) wollen was machen, evetuell auch , um wegen (oder trotz) des Berufsverbots leben zu können. 2. Wir wollten bessere Kommunikationsstrukturen unter den Linken herstellen, um für alles weitere eine bessere Ausgangsbasis aufzubauen. Wir wollten ausprobieren, wie weit sich Gegenstrukturen -modelle etc. aufbauen lassen. (bessere, als die linken Kneipen) und dann könnte man auch ein Stück praktischer Solidarität mit dem revolutionären Prozeß in Portugal aufbauen wenn man (jetzt kommt's)
Mit dortigen Kooperativen Kontakt aufnimmt, einige Fässer Wein von dort einführt, hier einen Laden mietet und zu irgendeinem Zentrum ausbaut, wo sich dann die lieben Berliner Linken gefälligst ihren Wein zu holen haben (vielleicht in mitzubringende Flaschen abzufüllen.)

Wir meinten, daß man so die portugiesischem Revolutionäre unterstützen kann(die auch durch Handelsboykotte etc. in die Krise gezwungen werden sollen);
gezielte Kontakte anknüpfen könnte, um nicht ein bloßes Warenverhältnis aufzubauen. Man könnte die Leute besuchen, Dias und Filme machen, bei der Ernte helfen o.ä.. Dann hier darüber berichten und umgekehrt.
In so einem Laden noch mehr machen, z.B. Musik, Basteln, Kommunikation und Information.

Das ist so ein Teil der Ideen, mit denen wir hier vielleicht was anregen können. Wenn sich Leute finden, die die Sache (oder so etwas ähnliches) machen wollen, dann können wir da vielleicht helfen, bzw. unsere bisherigen Informationen einbringen.
Alle Portugal-Fahrer sollten doch auch mal sehen, ob sie Kontakte anknüpfen können, oder sonst helfen können.
Kontakt bekommt ihr übers Info oder bei Michael anrufen: 2131793






AMNESTY UND WIR !

Wir, das Chilekomitee, haben eine Liste von 1.170 Verschwundenen in Chile.
Verschwunden heißt, daß die Leute von der Junta, im Beisein von Angehörigen, verhaftet wurden und seitdem verschwunden sind. Den Angehörigen wurden weder zu dem Zeitpunkt der Verhaftung noch später Auskunft über den Verbleib der Verhafteten gegeben.
In der hiesigen Presse wird die Junta allerdings so dargestellt, als ob sie alles mögliche tun würde, um die Situation in Chile zu bessern, was im krassen Widerspruch zur Realität steht. Es ist klar, daß sich die Junta ohne Repression nicht halten kann.

Um zum einen den Widerspruch zwischen Realität und Darstellung aufzuzeigen und zum anderen auf den konkreten Mißstand der Verschwundenen aufmerksam zu machen, planten wir zusammen mit Amnesty International eine Art Piccadingline am 2./3. Juli vor der chilenischen Botschaft in Bonn-Bad Godesberg, die auch stattfand.

Da Amnesty meinte, mit Arbeit überlastet zu sein, machten wir von hier aus allen organisatorischen Krams. Dies lief so ab, daß wir alles von Amnesty absegnen lassen mußten, da sie sich sonst nicht beteiligt hätten und wir davon ausgingen, daß wir Amnesty für eine Pressekonferenz bräuchten. Aus allen westdeutschen und dem hiesigen Komitee hatten rund 70 Leute ihre Beteiligung zugesagt.
Am 2.Juli jedoch waren wir rund 15-20 people. Amnestyvertreter erklärten uns, daß sie alles angemeldet hätten und das alles klar sei, aber nur unter der Bedingung, daß wir auf der genüberliegenden Straßenseite der Botschaft Stellung beziehen. Dies war der erste Frust, konnte auch nichts weiter drausgemacht werden, mangels gleichdenkender Masse. Vor der Botschaft angekommen ging es weiter. Das Transparent "Chile socialista, fashismo no" was von den letzten Weltmeisterschaftsspielen (1974) bekannt war, konnte nicht aufgehängt werden, da Amnesty sich nicht hinter ein Transparent stellen kann, auf dem Sozialismus gefordert wurde. Nun kamen wir schon langsam ins Stutzen. Die anwesenden Presseleute wollten durchweg nur Amnestyvertreter sprechen, was schon ausdrückt, wie wenig sie auf uns, als Komitees, alleine reagiert hätten (Aber wieso wohl ?!).

Also stellten wir nur die Plakate und Transparente auf, die einigermaßen liberal abgefaßt waren.

Außer der Piccadingline sollte ein Amnestyvertreter dem chilenischen Botschafter die Liste der Verschwundenen, einen "Offenen Brief" von Amnesty und ein Begleitschreiben überreichen, auf dem Auskunft nach dem Verbleib der Verschwundenen gefordert wurde.
Der Botschafter selbst ließ sich natürlich nicht blicken, aber ein Angestellter, der diese Sachen entgegennahm, worüber die Amnestyvertreter so erfreut waren, daß ich den Eindruck hatte, sie wären am liebsten jedem um den Hals gefallen. Doch keiner weiß, wo die Listen hingewandert sind, und der Botschafter selbst ward nie gesehen. An dem Punkt müßte man zumindest schon einmal die Politik und die Stoßrichtung von Amnesty hinterfragen.

Um das zu verdeutlichen bringe ich noch ein Beispiel. Wir standen also den ganzen Tag vor der Botschaft rum, da alles abgesegnet werden mußte, und außerdem noch wenig Leute da waren, kamen auch keine Vorschläge zur Aufheiterung der Aktion. Wir saßen alle in kleinen Gruppen aufdem Bürgersteig, bzw. auf den Treppen der Häuser. Plötzlich kam ein Typ zu uns und meinte, die Bullen hätten uns gerade ein Plakat abgenommen und zwar: "Schweden, England, Niederlande - kein Geld für eine Mörderbande. Warum zahlt die BRD?"
Ein Teil von uns ging zu den Bullen und wollte versuchen, das Plakat wiederzubekommen, worauf die Bullen mit Abdrängen reagierten. Daraufhin bekamen u.a. auch die Amnestyvertreter Angst, daß sich die beiden jetzt mit den Bullen prügeln wollten und reagierten dementsprechend. Das schärfste war jedoch die Argumentationsweise, und zwar meinten die Amnesty-vertreter was wir denn eigentlich wollten. Durch die Beschlagnahmung würde das Plakat dorch aufgewertet und wir könnten es für die Pressekonferenz verwenden. Desweiteren würden wir ja auch eine "Quittung" für das Plakat bekommen und könnten es uns dann wiederholen.

Dies macht wohl schon ganz deutlich klar, nach welchen Kriterien ein Teil von Amnesty vorgeht, und zwar, was bringt die Presse, also müssen wir uns auch danach verhalten und unsere Forderungen dementsprechend stellen. Die Frage ist nur, was wir wirklich dadurch erreichen können, wenn wir uns danach richten, was die liberale Presse über uns berichtet, zumal das sowieso nie richtig abzuschätzen ist. Es sei denn, wir haben selbst nur einen liberalen Standpunkt, was ich zumindest von einem Teil der dort anwesenden nicht behaupten würde.

Kurz gesagt, wir wurden zum Werkzeug von Amnesty gemacht, konnten uns selbst überhaupt nicht mehr einbringen, fragten unsdeshalb selbst, was das eigentlich soll, worüber aber außer unter den bekannten Gesichtern kaum Diskussion möglich war. Aber an dem

→

Punkt, würde ich sagen, lag auch ein Fehler bei uns. Undzwar der, daß wir uns auch zum Werkzeug haben machen lassen. Daß bei uns immer noch die Meinung vorherrschte, ohne Amnesty kriegen wir die Aktion nicht hin, kriegen wir nicht genug Öffentlichkeit hin.

Frage ist nur, ob das stimmt. Ich würde sagen nein!!!!!

Denn: Organisatorisch hätte es auf alle Fälle geklappt (wäre wahrscheinlich sogar lustbetonter gewesen), da das organisatorische wir sowieso gemacht haben. Das was an Öffentlichkeit gelaufen ist, daß 2 Zeitungen kurz berichtet haben, würde ich sagen, hätten wir auch noch auf die Beine gekriegt.

Klar istnur, daß Amnesty die Aktion ohne uns nie gemacht hätte!

Was richtig ist, ist daß die Jungdemokraten mit uns keine Pressekonferenz gemacht hätten, auf die wir sowieso hätten verzichten können. Diese Pressekonferenz war am 3. Juli um 11.00 Uhr. Als wirankamen, waren die Amnestyvertreter sehr erstaunt, fanden es natürlich nicht gut, da durch uns eine Kontrollinstanz vorhanden war. Nach langem hin und her entschieden sich die meisten, dann doch draußen zu bleiben, was den Amnestyvertreter erleichterte. Das konnte ich gut mitkriegen, da ich nicht fragte, sondern einfach reinging. Doch, oh Graus, 5 Minuten nach Beginn der Pressekonferenz taperten alle nacheinander rein. Die Pressekonferenz hätten wir uns insofern schenken können, weil der Vertreter von Amnesty sehr zaghaft unsere Aktion vorbrachte, sein Sprüchlein runterleierte, aber keinernachfragte und keiner daraufeinging, was sich auch in den Zeitungsberichten niederschlug.
Kaum was.
Interessant war zum Schluß noch zu hören, daß die Jungdemokraten ihre meisten Informationen aus den westberlinern Chile-Nachrichten holen.

Falls wir überhaupt noch einmal eine Aktion mit Amnesty machen sollten, sollten wir uns vorher klar über die Zielrichtung von Amnesty sein. Wir sollten vorher genauer diskutieren, was das für uns bedeutet, mit Amnesty zusammen eine Aktion zu machen, ob es nicht möglich ist, die gleiche Aktion alleine zu machen und ob es nicht vielleicht mehr bringt, sie alleine zu machen.

Amnesty wurde bisher hingenommen, als eine arbeitende Organisation, aber kaum hinterfragt, was mir jedoch sehr wichtig erscheint.

Eine Beteiligte

**Übrigens meinten die Jungdemokraten zum RAF-Prozeß, daß er,so wie er jetzt laufen würde,den Rechts=staat in Frage stellen würde und daß es so nicht weiter gehen könne.Sie gehen aber davon aus,daß das alles besser wäre,wenn er jetzt noch einmal neu begonnen würde,dann gäbe es die jetzigen "Zwischenfälle" nicht mehr!!! Ganz schön naiv,diese Jungdemokraten!**

## GYMNASTRADA

Sie sagen: sport hat nichts mit politik zu tun.
Wir sagen: Südafrika mißbraucht die gymnastrada zu politischer propaganda. Es will hier den eindruck erwecken, als könnten in südafrika schwarze und weiße ohne weiteres gemeinsam sport treiben. Die wirklichkeit sieht so aus : kein schwarzer wird in einem weißen sportclub aufgenommen. Auch in der berliner schule , in der die südafrikanische mannschaft untergebracht ist, herrscht apartheit beim essen und in den schlafräumen, ausgenommen bei den polizisten.
In südafrika selbst werden die menschenrechte tagtäglich mit füßen getreten. Die rassische diskriminierung der schwarzen im sport ist nur eine seite der allgemeinen ausbeutung und unterdrückung.
4/5 der einwohner südafrikas sind völlig rechtlos; in der regierung sitzen nur weiße.
Wer farbig ist hat kein streikrecht.
Wer farbig ist muß sich lohnhöhe und arbeitsplatz diktieren lassen.
Wer farbig ist wird zwangsweise in reservate umgesiedelt.
Aufgrund des 18o-tage-gesetzes kann jeder ohne haftbefehl und richterliche vorführung eingesperrt werden.
Das durchschnittseinkommen der weißen ist ca. 14 mal höher als das der schwarzen; für die ausbildung eines weißen schulkindes gibt die regierung 14 mal mehr aus als für schwarze schüler.
Alle paar minuten stirbt ein schwarzes kind wegen eiweißmangel und hunger. Die weißen südafrikas aber genießen den höchsten lebensstandart der welt.
Jeder widerstand gegen diese unterdrückung wird brutal verfolgt das weiße regiem kann seine macht nur durch perfekten polizeiterror, folter und mord aufrechterhalten.
Trotzdem wächst der widerstand der schwarzen ständig, hunderttausende streiken und bereiten sich auf den organisierten kampf vor.
Die BRD ist heute der größte handelspartner südafrikas. Ca. 4oo bundesdeutsche unternehmen von der billigen schwarzen arbeitskraft .
Wenn wir den ausschluß südafrikas von der gymnastrada gefordert haben, so berufen wir uns dabei auf den beschluß des internationalen olympischen komitees, die beschlüsse der UNO, die charta der menschenrechte und das grundgesetz der bundesrepublik.

Anti Apartheit Bewegung in der Bundesrepublik und West Berlin e.V.
Kontakt : U.Schmidt 1/2o Meydenbauerweg 21




**Die Veranstaltung wurde geplant von den ADSen zusammen mit dem "KOORDINATIONS-KOMITEE DER CHILENISCHEN LINKEN IN WEST-BERLIN". Die Chilenen bestanden in ihrer Mehrheit auf einer breiten Einladungspolitik. Das CHILE-KOMITEE war, als sich herausstellte, daß der Charakter der Veranstaltung wirklich der Einheit der Solidaritätsbewegung dienen würde, bereit, sich nach Kräften für ihr Zustandekommen und Gelingen einzusetzen, was es auch tat.**

In diesem Moment aber verloren die ADSen, nachdem ihre Dominanz über die Veranstaltung nicht mehr selbstverständlich gesichert war, ganz offensichtlich das Interesse an der Sache. Sie erklärten, daß sie – wegen der UNI-Wahlen und anderer Dinge – keine Zeit haben und ließen die Veranstaltung kurzfristig platzen.

Dieses Ereignis ist nicht zufällig. Es ist Ausdruck der Schwierigkeiten, unter denen die chilenische Linke in Chile wie im Exil ihre Einheit sucht.

Das CHILE-KOMITEE sieht nach wie vor seine Aufgabe darin, gerade auch im Hinblick auf den bevorstehenden Jahrestag des Putsches in Chile am 11. September, eine wirklich breite Einheit der Solidaritätsbewegung zu schaffen.

FÜR EINE BREITE EINHEITLICHE SOLIDARITÄTSBEWEGUNG ZUM 11. SEPTEMBER !

KOMITTEE
"SOLIDARITÄT MIT CHILE"
1 BERLIN 12
SAVIGNYPLATZ 5




nachrichten
informationen
meinungen

RH TERMINE

BÜRODIENST: Mittwoch 18-20 Uhr
MIETER-RECHTSBERATUNG: Donnerstag 17-19 Uhr
ARBEITSLOSENBERATUNG: DIENSTAG 18 UHR
Tel. 3958083 / 3956139

# CAT, STRÖBELE ...

## AKTIVITÄTEN DER LETZTEN WOCHE

Im letzten Info (Nr.64)konntet Ihr einen Bericht über das Go-In vom Sonntagabend (29.6.)beim"Forum des Jungen Films" lesen. Der aktuelle Anlass war der Tod von Kath. Hammerschmidt am selben Tag.Die Zusammensetzung dieses Publikums in der Akademie bestand vornehmlich aus "Linken",Linksliberalen und internationaler Presse.Nach einer Diskussion entschied das Publikum fast einstimmig,daß 1. die Veranstalter d."Forums des Jungen Films" eine Presseerklärung rausgeben,die informieren soll über die Hintergründe von Kat's Tod,über die Verhaftung von Christian Ströbele,über die zunehmenden Gesetzesverschärfungen in der BRD.Die Veranstalter erklärten sich hierzu bereit und vergaßen nicht,immer wieder zu betonen 'sie wären ja eigentlich sowieso nicht die richtige Adresse,hier wären doch alles nur Fortschrittliche'..usw. usw.Was dabei rauskam,war eine "Presseerklärung" einzig und allein in dem "Hobo" --verfaßt in einem Stil, den die "BZ" nicht besser hätte bringen können!(Nicht nur die Gen.,die das GO-IN und die Diskussion gemacht hatten,sondern auch viele Regisseure und die Besucher dieses Films fühlten sich 2 Tage später gefoppt).
Die 2. Entscheidung d. Publikums war ein Treffen am Montag (30.6.) um 19h in der Akademie zu machen,wo alle hinkommen sollten, die Interesse daran hatten mit zu überlegen, wie man die bei den Filmfestspielen anwesende Öffentlichkeit weiter informieren könnte über das,was in der letzten Zeit in West-Berlin und in der BRD gelaufen ist (Kath.,Ströbele-Croissant,Isolationsfolter,Gesetze usw.). Viele Zuschauer erklärten sich spontan bereit,an weiteren Aktionen und Diskussionen mitzumachen.
Am Montag-Abend kamen ungefähr 80-100 Leute zu dem Treff.Nach langem Hin und Her entschied man sich,zu den Kinos in der Stadt zu gehen und dort das Publikum in und vor den Kinos mit Flugblättern zu informieren.Die Tatsache,daß es nicht gerade 'Massen'waren, die an dem Abend zum Treff gekommen waren--u. daß es ein ziemlich bunt zusammengewürfelter Haufen von Gen.und Liberalen war,brachte die üblichen Schwierigkeiten:Uneinigkeiten über die Vorgehensweise (ob rein ins Kino oder nicht)--Unsicherheit darüber,ob eigentlich wirklich alle mitmachen würden.Beim ersten Kino ist die Gruppe dann auch kurz rein,verteilte Flugblätter über den Justizmord an Kath.Hammerschmidt und war gerade wieder draußen,als die Bullen das Kino - der Film hatte nun gerade begonnen - stürmten.Beim 2.Uraufführungskino einigte man sich gleich,dort nur vor dem Kino die Flugblätter zu verteilen -- "mehr war nicht drin".Am selben Abend wurde bei einer Filmvorführung in der Akademie noch einmal eine Resolution vorgelesen(die das dortige Publikum bestätigte)und auf die Demonstration am Dienstag (1.7./17h30)aufmerksam gemacht.
Übrigens:die Demonstration wurde schon am Monta von de RH angemeldet!Am Dienstag er-










schien ein echter Hetzartikel im ABEND, worin unter anderem behauptet wurde,die Demonstration sei nicht angemeldet.Der Erfolg - die Leute fielen auch drauf rein. Es war anscheinend unter anderem(?) ein ein Grund,daß viele Genossen(??) nicht zur Demonstration kamen. - Oder hat man sich heute schon so daran gewöhnt,daß ab und zu (oder auch immer regelmäßiger) Genossen sterben,Anwälte einfach eingesperrt werden??! Es ist eigenartig:einerseits stellen die Undogm. immer wieder fest,daß es ziemlich sinnlos ist,mit den K-Gruppen gemeinsame Politik zu machen -- andererseits ertappten wir uns alle beim Erleichtert-Aufatmen, daß wenigstens die KPD und KPDML (die nachträglich auch zu der Demo aufgerufen hatten), der Demo den Anschein gaben,eine mittelmäßig große zu sein.Naja!!Verdammte Scheiße,was ist los?!Der Frust ist groß - das geht wohl allen so.Die Frage aber ist,ob man seine Wut im Bauch umsetzen kann,wenn man sich resigniert zurückzieht?!Oder ist das alles schon egal?Augenblicklich kommen anscheinend mehr Leute zu 'ner Ferienreise-Besprechung nach Portugal zusammen als zu 'ner Demo für Kath. Hammerschmidt.Peinlich,Genossen!

Da die Bullen am Dienstag keinen Anlaß bekamen, auf den Putz zu hauen, haben sie sich anscheinend am Mittwoch nachträglich "gerächt"; als eine Gruppe von Leuten wohl bei der Turmstr. Straßentheater spielen wollte, wurden 7 Leute der Gruppe vorübergehend festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt.

Am letzten Freitag trafen sich etwa 25 Leute im SZ, um über weitere Solidaritätsaktionen für die verhafteten Anwälte zu diskutieren. Nach den Erfahrungen der letzten Tage wurden die eigenen Möglichkeiten ziemlich pessimistisch eingeschätzt, da die meisten Genossen u. Genossinnen anscheinend immer noch nicht kapiert haben, was läuft. Einige betonten die Notwendigkeit, längerfristig über die Verschärfung der staatlichen Repression und unsere Gegenmaßnahmen zu reden, um von den ewigen ad-hoc-reaktionen bei einzelnen Schweinereien des Staatsapparates wegzukommen. Andererseits besteht aber die Notwendigkeit hier und heute unsere Anwälte zu unterstützen, uns für sie einzusetzen und ihnen unsere Solidarität zu demonstrieren. Man einigte sich darauf, zu einer

D E M O und K U N D G E B U N G

vorm Knast, am Vortag des Haftprüfungstermins aufzurufen. Die Haftprüfung ist voraussichtlich Mitte Juli, also in ca. zehn Tagen.

Am Mittwoch wurde noch in einem Gespräch mit einigen Veranstaltern und Regisseuren des Forums vereinbart, daß sie der RH und einigen anderen Gruppen aus dem SZ am Sonnabend-Mittag um 13h die Möglichkeit geben wollten, für die deutsche und internationale Presse (die sie einladen wollten) eine Pressekonferenz abzuhalten, die den Journalisten die Möglichkeit geben sollte, sich über die Verteidigerausschlußgesetze, die allgem. Verschärfungen, die Isolationsfolter, die mediz. Versorgung in den Knästen, den Tod von Kath. H. und die immer mehr steigende Anzahl von Berufsverboten zu informieren - und darüber in ihren Ländern (ihren Zeitungen) berichten zu können.

Am Sonnabend-Mittag war dann auch eine Gruppe, die sich auf die Pressekonferenz vorbereitet hatte, - Anwälte, die extra eingeladen worden waren - und eine ganze Menge Journalisten, die an der Konferenz Interesse hatten, zur Stelle.

Die Pressekonferenz fand nicht statt!!

## NICHT VERGESSEN: AM VORTAG DER HAFTPRÜFUNG VON C. STRÖBELE

# DEMONSTRATION

Obwohl seit drei Tagen Ort und Zeit festgesetzt waren, waren die Verantwortlichen des Forums nicht bereit, eine Umorganisierung ihres Programms vorzunehmen. Denn in der Zwischenzeit hatte sich das Forum über die aktuellen Fragen gespalten. Da waren die, die meinten, daß noch nie so gute Filme auf einer Berlinade gezeigt worden sind. Und die hielten eine Auseinandersetzung über die Bullenmaßnahmen für nicht opportun. Die wollten lieber ihre so guten Filme sehen. Und da waren die anderen, die meinten, man könne nicht politische Filme zeigen, und das, was gerade in West-Berlin und der Brd läuft so einfach übergehen, sich einer Auseinandersetzkung entziehen.

So kam es daß in der Zeit, in der die Pressekonferenz stattfinden sollte, eine Diskussion über einen chilenischen Film stattfand. Die Verwirrung war perfekt geworden, als ein Verantworlicher des Forums zur Filmdiskussion aufrief. Die anwesenden chilenischen Genossen schienen bestürzt zu sein, wollten sich aber aus den ganzen Zirkus heraushalten. Unter diesen Umständen waren wir auch nicht mehr bereit, unter allen Umständen die Pressekonferenz durchzuführen.

Wir haben bei der Vorbereitung zu dieser Pressekonferenz mehrere Fehler gemacht: haben wir die organisatorische Vorbereitung zum großen Teil dem Forum überlassen ohne uns einen genauen Überblick über die interne Situation des Forums zu verschaffen. Obwohl uns die Erfahrung der Vortage eigentlich mißtrauisch hätte machen müssen. Wir haben es nicht gebracht, daß trotz der beschissenen Situation die Pressekonferenz stattfand, obwohl Anwälte, Journalisten gekommen waren.

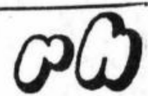
Wir werden daraus lernen.




Die RH baut **Handwerkskollektive** für Arbeitslose, entlassene Strafgefangene und Berufsverbotene auf. Dafür braucht sie dringend Spenden für Werkzeuge, Materialien etc.
Spendenkonto: Berliner Bank, Deposit en-kasse 31 Kto.Nr. 3136610400 Manfred Adomeit.
Wir arbeiten schon. Gebt uns Aufträge für Kleintransporte, Elektroinstallationen und Reparatur von elek. Haushaltsgeräten. Tel. 395 80 83 - Wer mitarbeiten will, kommt Dienstags in die Arbeitslosenberatung um 18 Uhr, im Soz. Zentrum.

Für den Aufbau einer **medizinischen Beratung i. Moabit** brauchen wir noch Leute, die mitarbeiten - besonders Ärztinnen und Ärzte.
Wir treffen uns freitags 18 bis 20 Uhr im Sozialistischen Zentrum, 1/21, Stephanstr. 60, rote Tür.

# TODSICHERE ZUKUNFT



in den letzten jahren häufen sich die fälle von tödlichen schüssen durch polizeibeamte auf politisch verfolgte,wie auch auf einfache leute,die vielleicht zu schnell auto gefahren sind(wie richard epple in tübingen),die ohne führerschein gefahren sind oder in ihrer wohnung etwas lärm machten(wie manfred rohs in köln).im rahmen der fahndung nach der raf wurde die bevölkerung allmählich an hinrichtungen durch die polizei gewöhnt.
nach den bisherigen bestimmungen dürfen polizisten auf einen"rechtsbrecher"nur zu dem zweck schießen,"ihn angriffs-oder fluchtunfähig zu machen".mit hilfe der diversen gesetzesklauseln:notwehr,nothilfe,putative notwehr wurden jedoch alle erschießungen juristisch gerechtfertigt,falls es überhaupt zu anklagen gegen die betreffenden polizisten kam. es gab bisher nur eine verurteilung eines polizeibeamten:der polizist rolf diehl,der 197 in dortmund den siebzehnjährigen fürsorgezögling erich dobhardt abgeknallt hatte,wurde vom landgericht dortmund zunächst wegen "fahrlässiger tötung" zu sechs monaten haft verurteilt,selbstverständlich auf bewährung. vor dem bundesgerichtshof wurde das urteil aufgehoben und diehl freigesprochen.die begründung des bgh lautete:
"die abgabe eines gezielten schusses auf das bein des flüchtenden war auch nicht deshalb unzulässig,weil sie mit dem risiko der tötung behaftet war.jeder schußwaffengebrauch,insbesondere,wenn er mit einer faustfeuerwaffe erfolgt,beinhaltet ein solches risiko...der schußwaffengebrauch muß zwar immer das letzte mittel sein.wenn er aber - wie hier - zur erreichung des angestrebten zweckes notwendig und sachlich gerechtfertigt ist,so ist er auch trotz des damit verbundenen risikos statthaft."("der spiegel",21/75).
damit kann in zukunft beinahe jedes blindwütige herumballern von polizisten gerechtfertigt werden.dies erscheint dem staatsapparat immer noch nicht genug,denn die legitimationspraxis der justiz war bisher immer noch auf rechtfertigung des staatlichen terrors als einzelfall bzw.als individuelle notwehr-situation des einzelnen polizisten als privatmenschen ausgerichtet.verantwortlich für den todesschuß war immer der schütze,der todesschuß konnte ihm nicht befohlen werden.
das soll sich nun ändern.die innenminister der länder und des bundes einigten sich vor zwei wochen über einen "musterentwurf eines einheitlichen polizeigesetzes".dessen paragraph 41,abs.2 besagt,daß polizisten zukünftig einen gezielten todesschuß auf einen vermeintlichen "rechtsbrecher"abgeben können,




"wenn er das einzige mittel zur abwehr einer gegenwärtigen gefahr für leib und leben(einer person)ist".
polizisten dürfen also,wenn dieser entwurf gesetz wird,gezielt menschen ermorden und es kann ihnen befohlen werden.die erste juristische hürde auf dem weg zur einführung des exekutionsbefehl nahm die justiz bereits

1972:am 15.12.1972 fällte der disziplinarsenat des ovg münster ein urteil zum "polizeilichen handeln auf dienstlichen befehl",dem folgende begründung entstammt:
1."ein polizeibeamter handelt stets rechtmäßig,wenn er einen von dem örtlich und sachlich zuständigen vorgesetzten erteilten dienstlichen befehl im vertrauen auf seine rechtmäßigkeit in gesetzlicher form vollzieht;
2.zur prüfung der rechtmäßigkeit des befehls ist der untergebene in der regel weder berechtigt noch verpflichtet...ein solcher befehl deckt die beamten auch dann,wenn die nachträgliche prüfung ergibt,daß der vorgesetzte die rechtslage verkannt hatte".
also:ein polizeibeamter handelt immer rechtmäßig,egal was er macht.
wenn dieser "musterentwurf"verabschiedet wird, haben die jahrelangen bemühungen der polizeiführer um die endgültige bestätigung ihres herr-seins über leben und tod zum erfolg geführt.bisher wurde über den entwurf nur in der frankfurter rundschau informiert,in den berliner zeitungen war darüber noch nichts zu lesen,bezeichnend für den "rechtsstaat",in dem wir leben.wir drucken im folgenden dem kommentar aus der fr vom 25.6.1975 ab;wir finden,dem ist nichts mehr hinzuzufügen.




## Rechtsstaat in Gefahr FR 25.6.75

Dem Rechtsstaat in der Bundesrepublik droht Gefahr durch die langsame Aushöhlung rechtsstaatlicher und humaner Grundsätze und die Beschränkung von Grundrechten. Ein Beispiel ist der „Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz". Danach ist der gezielte polizeiliche Todesschuß auf einen Rechtsbrecher zulässig, „wenn er das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben (eines bedrohten Menschen, d. Red.) ist".

Artikel 2 (2) Grundgesetz lautet: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit". Und in Artikel 19 (2) Grundgesetz heißt es aus gutem Grund: „In keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden." Im ersten Entwurf für ein Polizeigesetz wurde deshalb auch ausdrücklich ein bewußtes und gezieltes Erschießen des Straftäters nur erlaubt, wenn dieser sein Opfer mit dem Tode bedroht, wenn also Leben gegen Leben steht. Nur in diesem Fall sei der verfassungsrechtliche Eingriff in Artikel 2 Grundgesetz zulässig, hieß es. Jetzt verschärften die Innenminister die Bestimmung aber noch: Danach darf ein Polizist einen Straftäter nun schon erschießen, wenn eine Gefahr für den „Leib" (Verletzungen) des Bedrohten besteht. Hier wird der Einsatzleiter also zum Herrn über Leben oder Tod gemacht.

Immer leichter scheinen sich die Verantwortlichen in letzter Zeit — getreu dem Ruf nach einem starken Staat — über verfassungsrechtliche Grundsätze hinwegzusetzen. Dem muß Widerstand entgegengesetzt werden. dc




# REV. ZELLE

"aber schon die einfache Frage nach Effizienz und Risiko,und in welchem Verhältnis diese zueinander stehen,sollte einen Klein krieg verbieten,der nicht oder kaum im Bezug zum alltäglichen revolutionären Kampf steht.Das proletarische Lager ist mehr,bei weitem mehr,als das linke(politische) Lager." Peter-Paul Zahl

Dies soll ein Versuch sein,den Diskussions beitrag der Revolutionären Zelle,in ihrer Zeitung"Revolutionärer Zorn",aufzugreifen. Der 2.Juni hat versucht zu seinen Aktionen Stellung zu beziehen und sie der Linken, und nicht nur der Linken,inhaltlich zu vermitteln,im Gegensatz zur RZ.So zeigt die Stellungnahme der RZ,auf welchen Irrwegen sie sich befindet,welchen falschen Einschätzungen sie unterliegt.Wir meinen,daß eine Auseinandersetzung mit den Guerillas nötig ist,damit die bestehende Kluft zwischen legalen Kämpfen und illegalen abgebaht wird,und die unverschämte Kritik der RZ gegenüber allen,die tagtäglich in den Betrieben,in den Schulen,Universitäten, und wo immer sie arbeiten,dort versuchen linke Politik zu machen,von den Genossen neu überdacht wird.
Da schreibt die RZ,daß die Kritik an der revolutionären Linken-an deren Aktionen-nämlich das diese die Bourgeosie zum Anlaß nehme,um den Faschisierungsprozeß voranzutreiben.Meint ihr,daß die Guerillas die einzigen Revolutionäre sind?Genossen,wenn ihr meint,daß diese Kritik kindisch,ja undifferenziert sei,dann bleibt doch einiges unklar,wo wart ihr denn in den letzten Monaten?Natürlich prvoziert wachsener Widerstand,wie ihr richtig seht;allerdings meint ihr,daß die Latte von neuen Gesetzen nichts direkt mit euch zu tun hat.Erkennt ihr da nicht den Widerspruch??Natürlich steht der repressive Apperat der gegen uns,und nicht nur gegen uns,nicht nur gegen die Guerillas auffahren wird,in keinem Maß zu unserer Stärke(bzw.Schwäche).Wenn es auch manchmal den Anschein hat,als ging es lediglich um den sogenannten Dunstkreis der einfürallemal ausgerottet werden soll, so erleben täglich immer mehr,daß sie ein Berufsverbot ereilt hat.Obwohl sie sich doch immer taktisch verhalten haben,sich distanzierten,das betrifft mehr und mehr auch die DKP/SEW.
Es ist weiterhin ein Irrtum,wenn ihr meint daß wachsener Widerstand,Kurzarbeit und Entlassungen provozieren.Diese Krise meint ihr doch.Wird jetzt der Staat durch militante Aktionen in eine Krise gestürzt?

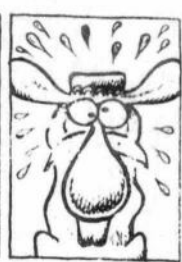






Das ist nicht nur eine einmalige Fehl einschätzung,sondern einen gefährlichen Weg bedeutet,das sagt ihr ja selbst.Diese Aktionen schließen staatsfaschistische Entwiklungen nicht aus.Die Linke wird nich vernichtet,allerdings geschwächt,und somit in die Defensive gedrängt.Und dann fragt es sich eben auch,welche Aktionen sinnvoll sind,welche Basis sie haben müssen damit die Hetze des Staates und der Meinungskonzerne keinen,wenigstens nicht gewohnt fruchtbaren Boden findet.Beispiel ist auch der Frankfurter Häuserkampf,der trotz Militanz auf Verständnis bei der Bevölkerung gestoßen ist,ja sogar zu Solidarisierung mit der Bevölkerung geführt hat.
Eure Stellungnahme zu Stockholm zeigt dann auch,daß ihr nicht bereit seid,zu kritisieren,hier gelten für euch nur noch militärtaktische Überlegungen.Die Linke degradiert ihr zu "Herummäklern",die nichts besseres weiß,als zu werten,klassifizieren,zensuren auszuteilen,wie bei einem Fußballspiel....
Es ist höchste Zeit,daß ihr einmal euer Verhältnis zu der von euch genannten Linken überprüft;scheinbar meint ihr,daß diese Linke sich nur aus Zeitvertreibmal für Politik,und wenn schon dann auch für linke interessiert;so als müsse man sich die lange Weile vertreiben.Und da ist es auch nicht verwunderlich,daß eben diese Linke Stockholm nur so erleben kann,wie ihr meint:als etwas von außen Herangetragenes,sie nicht betreffendes.Stimmt,aber genau das drückt auch das Verhältnis der legalen zur illegalen Linken aus:nämlich keines.



Und wenn ihr dann schnell zu dem Schluß kommt,die wollen ja nur Zuschauer sein-wozu sie ja durch die Aktionen degradiert sind-dann zeigt ihr,daß euer Verhältnis zu Linken gestört,völlig konfus ist. Das zeigt sich auch bei Einschätzungen,über die Methodik der Politik der Linken,die ihr ansprecht.Die Genossen trennen den politischen Kampf von ihrer eigenen Situation,meint ihr.Dann seht euch doch mal in der sogenannten undogmatischen Linken um,wo das so in den Mittelpunkt gerückt ist,siehe die unzähligen entstandenen Selbsterfahrungsgruppen,die Frauengruppen, die HAW (Männergruppen),Rauchhaus;aber das sind für euch dann wieder die "Freiraumgebilde und Insider-Groups",die sich "mit Mauern und Abwehrtricks in eine vermeintliche Sicherheit"bringen wollen.Aber auf die zu warten seit ihr nicht bereit.Wer sich nicht mit den bewaffneten Gruppen solidarisiert hat halt Pech gehabt.Gerade das gilt es zu vermitteln, damit nicht losgelöst die Linke wie das Kanickel das gebannt auf die Schlange starrt-gebannt auf die Aktionen der Guerillas reagiert.Wenn ihr einen Weg zur Linken sucht,und das kann man ja wohl annehmen,dann nicht so:heir Guerilla,das revolutionäre Lager,die subjektive Teilnahme am revolutionären Kampf,dort der Rest,die Zuschauer,die"erst mal abwarten Wollenden",die"ein bißchen-statt-alles-Wollenden.

FORTSETZUNG IM NÄCHSTEN INFO !!!

# DOKUMENTATION

Siegfried Hausner vom Staatsschutz ermordet

Siegfried Hausner wurde von der schwedischen Polizei und den deutschen Staatsschutzorganen ermordet. Er gehörte zum Komando Holger Meins das am 24.4.75 die deutsche Botschaft in Stockholm besetzte und 12 Botschaftsangehörige, unter ihnen Botschafter Stöcker, Militärattaché Mirrbach, Bundesnachrichtendienstchef Skandinaviens Hillegart und Kulturreferent Elfgen gefangennahm und die Freilassung von 26 gefangenen Revolutionären in der BRD forderte.

Die Information, die von den Staatschutzbehörden, der Bundesanwaltschaft und dem Baden-würtembergischem Justzministerium indie Presse gegeben wurden, daß S. Hausner an den Folgen schwerer Verbrennungen und den Schädelverletzungen, die er sich bei der Explosion der Botschaft zugezogen habe, gestorben sei und jede Hilfe zur Rettung seines Lebens aussichtslos war, sind Lügen, die die Ermordung des Gefangenen Revolutionärs verdecken sollen.

Am 18.6.75 stellte der Stuttgarter Rechtsanwalt Dr. Croissant Strafanzeige wegen der vorsätzlichen Tötung S. Hausner gegen die Verantwortlichen Staatschutzbehörden. Diese ANzeige stützt sich auf folgende Tatsachen:

"S. Hausner ist durch die Explosion zwar verletzt worden, jedoch nicht lebensgefährlich. Er war nach der Explosion voll bei Bewußtsein. Sein Handeln war in jeder Phase klar und überlegt. Die Branverlet ungen Hausner waren nach den Beobachtungen der Überlebenden Gefangenen relativ gering. Zusammen mit Lutz Taufer trug S. Hausner den erheblich verletzten Berhhard Rössner raus ins Freie. Teilweise schleppte Hausner ihn allein, weil der Durchgang durch Kreuz und quer herumliegende Trümmer erwch wert war. danach lief er mit Taufer in das Botschaftsgebäude zurück, um seinen sterbenden, möglicherweise schon toten Genossen U. Wessel hinauszutragen. Taufer und Hausner trugen Wessel noch aus einem brennenden Botschaftszimmer bis zum Absatz des Treppenhauses, als sie erkanntne, daß U. Wessel bereits tot war."

"Unmittelbar nach der Festnahme wurden die wehrlosen Gefangenen von der schwedischen Polizei schwer misshandelt:

1. B. Rödsner erhielt mit dem Kolben von Maschinenpistolen mehrere Schläge auf den Kopf. Seine blutende Kopfverletzung mußte in Schweden sofort ärztlich versorgt und genäht werden.
2. Auch lutz Taufer wurde mit Kolben von Maschinenpistolen geschlagen, jedohh nicht auf den Kopf, sondern in das Genick.

3. Gegen den Kopf von Karl-Heinz Dellwo wurdden mehrere Kolbenschläge geführt, die den Bereich der redhten Schläfe trafen. Während er in ein Transportauto getragen wurde traktierten ihn schwedische Polizeibeamte fortlaufend mit weiteren Kolbenschlägen, diesmal gegen di Beine und die linke Brustseite. Im Raum eines Dienstgebäudes hoben sie ihn mehrmals 1,5o m hoch und ließen ihn, gefesselt, auf den Boden fallen.

An alle INFO - Schreiber: Spaltenbreite = 11,5 cm

S. Hausner erhielt unmittelbar nach seiner Festnahme so schwere Kolbenschläge mit MPs, daß er in das Karolinska-Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Durch die Kolbenschläge hatte er mehrere Schädelbrüche erlitten. Bei seiner Einlieferung lag S. Hausner in tiefer Bewußtlosigkeit. Aus dieser Bewußtlosigkeit erwachte er erst am Montag 28.4.75. Dies ergibt sich aus einem aus Stockholm übernommenen Bericht der FAZ vom 3o.4."

Auf Drängen der Bundesregierung, vertreten durch Aussenminister Genscher, stimmt die schwedische Regierung der Ausweisung der Gefangenen aus dem Kommando Holger Meins zu. schwedische Ärzte protestierten sowohl gegen den Transport Hanna Krabbes wie S. Hausners. Ein schwedischer Arzt erklärte, ein Transport von S. Hausner sei das reine Todesurteil. Dabei ging er von den offiziellen Verlautbarungen aus, daß S. Hausner zu 4o % verbrennungen erlitten hätte. Siegfried Hausner wurde mit einer Sondermaschine von Stockholm nach Köln in die Uniklinik gebracht. Er war zu diesem Zeitpunkt an einen Tropf angeschlossen und konnte nur durch eine Kanüle atmen.

Schon nach einigen Stunden wurde der Gefangene auf Veranlassung der Staatschutzabteilung des BKA in das Gefängnis Stuttgart-Stammheim geflogen, dort in die Intensivstation verlegt, die während des Hungerstreiks der Gefangnen Revolutionäre eingerichtet worden war.

Durch diese Verlegung wurde auf Anordnung des BKAs eine fachgerechte ärztliche Versorgung des lebensgefährlich verletzten verhindert. In der Kölner Klinik wäre eine adäquate ärztliche Behandlung ohne weiteres möglich gewesen. Die Intensivstation in Stammheim ist für die Zwangsernährung Hungerstreikender eingerichtet. Weder eine Behandlung von schweren Verbrennungen - wie sie als Grund für den lebensgefährlichen Zustand S. Hausners angegeben wurde - nohh die von schweren Schädelverletzungen ist dort möglich.

Der Arzt, der in Stammheim die Verantwortung hattte ist Dr. Henck. Henck ist Psychiater und kein Facharzt für die Behandlung von Schädelverlätzungen und Verbrennungen.

Am Sonntag, dem 4.5.1975 starb S. Hausner.

Nach der Presseerklärung der Bundesanwaltschaft und des Justizministeriums, die auf der Untersuchung von Henck beruht, ist S. Hausner an Brandverletzungen und Schädelbrüchen gestorben. Die Staatsschutzbehörden versuchen darzustellen, S. Hausner s sei in der Intensivstation in St.-Stammheim adäquat behandelt worden.

Tatsache ist, daß er in der Intensivstation des Gefängnisses jeder öffentlichen Kontrolle entzogen war; daß niemand mehr sich über seinen Zustand informieren konnte, ausser Anstaltsbediensteten und eventuell Ärzten, die von den Staatschutzbehörden ausgesucht worden bzw. dem Dr. Henck der als Gefängnisartz in direkter Abhängigkeit von der Gefängnisleitung steht. und der sich unter Druck setzen ließ, so daß er sein früheres Untersuchungsergebnis S. Hausner habe Schädelbrüche - später während einer Vernehmung im Stuttgarten Prozeß nicht mehr bestätigte.

In auffälligen Widerspruch zu den früheren Untersuchungsergebnissen von Henck will ein Prof. Dr. Rauschke bei einer Obduktion, die die wahre Todesursache hätte ans Licht bringen müssen, keine Schädelverletzungen mehr festgestellt haben.

S.Hausner war seit seiner Festnahme von der Öffentlichkeit abgeschirmt,so daß hier in der BRD keine Informationen über Schwere und Arzt seiner Verletzungen bekannt wurden,die die Staatschutzabteilung bzw. die Bundesanwaltschaft nicht wollte. Am 3o.4.1975 hatte der Gefangene mit krakeliger Schrift auf einen Zettel das Wort "Croissant" geschrieben. Er wollte so mitteilen, da er nicht mehr reden konnte, daß er den Anwalt Dr. Croisant sprechen wolle. Diese Nachricht wurde ausweislich des Poststempels, erst einen Tag nach seinem Tod, also erst nach 5 Tagen an Croissant abgesant.

Versuche von Deutschen, mit den Ärzten ddes schwedischen Krankenhauses, in dem S. Hausner lag, zu sprechen, wurden von der Schwedischen Polizei mit Festanhmen und der Androhung von ausweisung verhindert. In Schwedern wurde gegen den Arzt der die Ausweisung als Todesurteil bezeichnet hatte, Anzeige erstattet.-/-

Die Verlegung aus dem Kölner Krankenhaus, in dem auf jeden Fall eine adäquate Behandlung möglich gewesen wäre - also der Entzug von Behandlung - undder Transport nach Stuttgart, nach dem die Abschiebung aus Schweder schon eine lebensbedrohliche Situation für den Gefangenen daratellte, zeigt, daß die Staatsschutzabteilung unter Abschirmung jeder Öffentlichkeit, S. Hausner geplatn ermordet hat.

Bei diesem Mord wird ein Schema sichtbar, das schon bei der Ermordung anderer Revolutionäre, wie z.B. Georg von Rauch oder Holger Meins angewandt wurde.

Durch Verbringdung des gef. Revolutionärs oder Einkreisung des noch nicht gefangnen in einen Bereich, der der Kontrolle durch die Öffentlichkeit entzogen ist - fest in der Hand der Staatsschutzorgane - wird der Mord v vorbereitet.

Von der Öffentlich abgeschirmt wird der Mord vollstreckt. Sei es durch Erschlagen, Erschiessen oder plsnmäßiges Verhungernlassen. Ist der Revolutionär nicht gleich tot, wird ihm die ärztliche Versorgung entzogen. Mit einem System von Lügen, Nachrichtensprerren, Erpressung von Zeugen und der Ausnutzung von Abhängigkeiten wird versucht, den Mord zu verschleiern. Durch gleichzeitige faschistische Pressehetze gegen die Politik der Guerilla wird er propagandistisch abgedeckt.

Der Staat eskaliert. Er will sich ein Feld schaffen, abgeschirmt von der Öffentlichkeit in dem die planmäßige Vernichtung von Guerilleros verwirklicht, ständig überprüfend, wo dabei Protest entstwht um diesen zu kriminalisieren und zu ersticken.

Komitees gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD+ West-Werlin.



# UNSERE VERTEIDIGER

WIR HABEN UNS DAS MAL SO ÜBERLEGT:
was denken jetzt die gefangenen in moabit, in tegel,in der lehrter,die irgendwann einmal oxford zum rechtsanwalt hatten und dann einsitzen mußten?sie haben oxford honorare bezahlt (natürlich nach offizieller,profitabler anwaltsgebührenliste);also sie haben praktisch dem ihr geld gegeben,der jetzt als jusstizsenator herr über leben und tod auf raten spielt.und er spielt diese ihm von korber übertragene rolle großartig weiter.er hat uns einen anschauungsunterricht marke 1a gegeben,was bürgerliche anwälte für typen sind.solange man die knete kriegt,da kann man ja schon mal so'n paar menschen verteidigen.aber wehe,es steht ein besser bezahltes pöstchen zur wahl,dann ist schluß mit der schauspielerei,dann wird voll hingelangt.

das ist schizophrenie,oder nein:das ist politik!schlußfolgerung:NIMM DIR NIE EINEN BÜRGERLICHEN ANWALT,ER KÖNNTE EINMAL DEIN "ARBEITGEBER" IM KNAST SEIN!!

und darum brauchen wir anwaltskollektive,darum brauchen wir linke anwälte,weil sie aus einem gerichtsverfahren kein punktespiel machen,wenn wir vor gericht stehen,stehen auch sie vor gericht.sie verteidigen nicht für uns,SIE VERTEIDIGEN <u>MIT</u> UNS,für unsere sache,für die linke bewegung.

die bewegung muß 2,3,viele croissants und stroebeles haben,damit wir all die menschen verteidigen können,die heute im selbstbedienungsstil von der straße weg durch die gerichtssäle in die gefängnisse befördert werden.

und deshalb brauchen wir die genossen;wir dürfen nicht untätig zusehen,wie die justizbande uns einen anwalt nach dem anderen in den knast steckt.

sie haben uns verteidigt,jetzt müssen wir sie verteidigen,u.z.mit den mitteln,die uns zur verfügung stehen,theoretisch wie praktisch:auf der straße,im stadtteil,im gerichtsgebäude etc.- jeder auf seine art.

FANGT GESTERN AN!
WIDERSTAND IST MÖGLICH!!
WIDERSTAND IST NÖTIG!!!




es wäre dufte, wenn es z.b. wg's etc. gäbe die uns als dauerspender (so ca. DM 50-100 im monat) praktische solidarität erweisen könnten.

UNTERSTÜTZT DEN MUKI

Multinational heißt für deutsche und ausländische Kinder

Spendet auf das Konto:
BFG 1110147600 - oder:
PSCHAMT BlnW 240886-106

übrigens Genossen Broschüre zum Solidaritätspreis von nur 150 Pfännigche

# RACHE FÜR KATI ????
# TOD DEN MÖRDERN VON ??????????????? KATI ?

Auf der demonstration anläßlich des todes von Katherina Hammerschmidt wurden obige parolen (jedoch ohne fragezeichen) auf transparenten sowie durch sprechchöre durch moabiter straßen getragen. Wenigstens von einigen genoss(inn)en wurde kritik daran vorgebracht; sie wurden jedoch aggressiv von den trägern zurückgerufen: das für oder gegen die parolen wurde von ihnen als trennung von pro und contra bezüglich des justizmordes angesehen. Soll dies etwa jener klare trennungs strich sein den man zwischen sich und dem feind zieht?
Ich bin der meinung, daß durch diese parolen der klare trennungsstrich zwischen sich und den herrschenden aufgegeben worden ist. Wo beispielsweise ist er zu finden zwischen "kopf-ab"-Jäger (CSU/MdB), der die todesstrafe für die terroristen und jenen "linken" die den tod der verantwortlichen bezüglich Katherina, Holger u.a. fordern? Wie können sich diese "linken" befürworter der todesstrafe glaubhaft gegen isolierhaft, verweigerung der ärztlichen versorgung und anderen mordinstrumenten der herrschenden aussprechen, wenn sie mit gleichen mitteln gegen jene angehen wollen?
Ebenso wie der ruf nach der todesstrafe geht auch der rachegedanken(bei den herrschenden nennt man das buße oder sühne) von einer individualisierung der schuld aus.
Jeder täter jedoch, sei es der dieb, der kapitalist, der mörder, handelt aus seiner materiellen situation heraus, - nicht der von irgendwelchen bösen geistern besessene schlechte einzelne, sondern der von seiner umgebung geprägte einzelne handelt.
Nicht der mörder ist unmenschlich, sondern die gesellschaft die den einzelnen zum mörder werden läßt ist unmenschlich.
Ausgehend davon bin ich der meinung, daß es (s.o.) keine parolen von linken sind bzw. sein dürfen. Linke sollten sich überlegen, ob sie wieder an demonstrationen teilnehmen bei denen diese o.ä. parolen getragen werden, oder besser: ob sie nicht auch dafür sorgen müssen jene auf linken demonstrationen zu entfernen. Außerden sollten wir daran gehen hauswände von diesen parolen zu befreien.

## ...noch TIPS ...

mitt

-- "Kuhle Wampe",Studentenwohnheim Eichkamp 2o h

don.

"Kuhle Wampe",Nollendorfstr.21a,raum 122.
-"Mai 68" 21.45 h Bali-kino

fr.

--"Mai 68" 21.45 h Bali-kino
- "kuhle Wampe" 2o h im Cabral-haus,Mollwitzstr.

samst.

-HAW-fete:2o h ,kulmerstr.2oa
- AG "KRISE IM KAPITALISMUS" 15h NOLLENDORFSTR.21a

# ANZEIGEN

Ich (Schäferhundbastardin) suche immer noch jemanden, bei dem ich auf dem Lande leben kann, weil ich die Schnauze gestrichen voll hab von engen Stadtwohnungen und Steinwüsten, wo ich kaum Auslauf hab. Also, wenn ihr was wisst für mich, ruft mal an.
Tel. 614 83 04 Sponti

---

Suche immer noch Herrenfahrrad, wenn's geht nicht so teuer und mit 3-Gangschaltung.
Tel. 614 83 04

---

Die Kleinkindergruppe im Bethanien sucht noch 3 - 4jährige Kinder. Wir sind im alten Feierabendhaus. Kommt bitte dort vormittags vorbei oder zu Wolfgang Kipper, 1 - 36, Liegnitzer Str. 17 oder ruft an: 4€3 47 74 Natalka

---

4 Leute suchen MFG nach Paris/Bordeaux oder ein billiges altes Auto
Tel: 612 84 88 Uta oder Brigitte

---

Dringend : Suche Platz in einer WG, oder (vorübergehend) 1-Zimmer-Butze
614 71 41 Peter

---

Vergebe 2 Kühlschränke. Tel 251 81 64

---

Fernseher zu verkaufen. DM 80. Tel. 6124627

---

Zur Urlaubsfahrt Dyane 6, 28 PS, TÜV 6/77 für 12oo DM zu verkaufen. Tel (Nur Do) 6536171

---

In der Katzbachstr. 18 ist eine Parterrewohnung frei geworden.

möchte meinen marktjob am wochenende(fr/sa-7.-DM/h)an genossin(ja,leider nur an frauen) abgeben... tel. 2613o1o

---

wir suchen frau mit kind(7-11 j.)und einen typen zum zusammenwohnen.wir,hartmut,cordula und nane (8 j.)
wir wohnen in kreuzberg/forsterstr.4
tel. 6183434

---

2 liebe Frauen suchen bißchen sonnige 4-Zimmerwohnung. Tel. 2155620. ♀♀...

Und wir haben doch eine Wohnung gefunden! (6-Zi.) Sind zu dritt und suchen noch zwei Leute.Tel.6248370, 3964468-Hat jemand eine Waschmaschine?

Wechsele nach berlin u. suche kontakt zu WG.T.:8832945(Guido)

Suche MfG nach Bremen am 11.7.für 3 leute. T. 8822818.

Suchen guterhaltene Waschmaschine.T.3964468

MONTAGSNOTIZEN Nr.13 (WGtreff, Kritik an Humanes Wohnen u.a.) Gegen Voreinsendung von DM 1,-bei: Redaktion HuWo 2 Hamburg,53, Ackerstieg 3

JUGENDZENTRUMSFILM -und broschüre:"Wir werden kämpfen, wir werden siegen, das Jugendzentrum werden wir kriegen!" Verleih/Bezug: Filmgruppe Mainz c/o Kurt Ohneck 65 Mainz Walpodenstr. 5.

# VERSUCH EINER GEGEN-ÖKONOMIE

Wat is denn des?

1) WER WIR SIND - WAS WIR WOLLEN

wir sind Leute aus verschiedenen wgs oder (noch) alleinwohnende; und wir wollen mehr zusammen machen. Dabei beziehen wir den produktionsbereich mit ein und nicht nur (wie bisher) den wohn-und freizeitbereich.

2) ORGANISATIONSFORM

um das zu verwirklichen, haben wir folgende organisationsform begonnen: außer den zum größten Teil schon vorhandenen wgs richten wir werkstätte der verschiedensten art ein in denen wir gemeinsam sachen reparieren, produzieren, verkaufen, vermitteln oder einfach nur kreativ tätig sind.
Dabei tritt natürlich zum Teil eine personelle Uberschneidung zwischen wgs, werkstätten und ags auf.
Es laufen schon unser INFO-ZENTRUM "schwarzmarkt", auto- und elektrowerkstatt, druckerei, töpfer-und nähwerkstatt.
Alle wichtigen Entscheidungen werden in der wöchentlichen Vollversammlung beschlossen.

3) FUNKTIONEN

Trotz inhaltlicher Bedenken trennen wir aus Ubersichtsgründen in wirtschaftliche, persönliche und politische Bereiche:

3.1 wirtschaftlich

- billiger leben durch kollektive Organisation der Produktion (technische Geräte) + Verteilung (Grosseinkauf), durch Eigenreparatur in der Werkstätten sowie durch info-büro (wo ist was am billigsten).
- unabhängiger machen durch Selbstorganisation

dazu ist zu sagen: es gibt schon viele, auch erfolgreiche versuche, repressionsfreie, alternative produktionsstätten aufzubauen, in Form von kleinen firmen, werkstätten oder produktionskommunen, sowie durch selbstbestimmungsmodelle ehemaliger unternehmen (LIP
Jedoch läuft sowas immer dann auf ein kommerzielles unternehmen hinaus, wenn die jeweilige gruppe isoliert handelt (krisenabhängigkeit, notwendigkeit der existenzsicherung).
erst der zusammenschluß von werkstätten und produktionskommunen aus allen bereichen kann eine qualitative änderung bringen.
erst dann produziert man mehr für sich selbst und ist nur noch in geringem maße v. einer bestimmten käuferschicht abhängig, bzw auftraggebern.
Und erst dann produziert man auch direkter für sich, d.h. direkt gebrauchsgüter für uns, statt für kohle oder andere tauschgüter
Allerdings wird es nie ganz möglich sein, auf kohle und damit auf entsprechende ver-kaufsgüter zu verzichten (miete, steuern, energie, rohstoffe...), jedoch müßte sich der anteil wesentlich verringern lassen.
Sehr wichtig für diesen schritt ist es, daß man den bereich der nahrungsmittelproduktion (landkommunen) miteinbezient.
- weiter: hilfe und möglichkeiten für solche arbeitslose, die zu kaputt (bzw zu gesund) sind, um im kapitalistischen produktionsprozeß zu arbeiten oder für opfer der zunehmenden faschiesierung (gefeuerte linke)

3.2 persönlich

- nicht nur die freizeit, sondern alle lebensbereiche werden selbstorganisiert.
- durch bereitstellung von material und werkzeug zur künstlerischen, handwerklichen, kreativen betätigung, d.h. selbstbestimmte befriedigung dieser bedürfnisse.
- verbesserung der kommunikation durch ein informations-und kontaktzentrum.
- veränderung unserer tauschartigen kaputten verhältnisse (gibst du mir anerkennung, gebe ich dir liebe) und veränderung unserer wirtschaftlichen beziehungen (nicht: du kriegst 2l milch, wenn du mir den trecker reparierst, sondern: wir sind 1o leute und brauchen 1ol milch / unser trecker ist kaputt, also muß er repariert werden).

3.3 politisch

- existierendes, anschauliches gegenmodell, "lebende alternative"

so wie durch wgs versucht wird, auf einem teilbereich zukünftige lebensformen vorwegzunehmen, soll dies erweitert werden, um auch im produktionsbereich erfahrungen zu s sammeln. Wichtig ist dabei, daß dieser be-

reich auch für andere erfahrbar gemacht wird (z.B. für Lehrlinge).

- unterstützung von politischer arbeit durch bereitstellen von technischen mitteln (druckerei, megaphon)....
- verbesserung der eigenen möglichkeiten durch selbständige zeiteinteilung und ohne druck vom chef.
- besserer überblick durch sammeln und austauschen von informationen durch kontakte zu ähnlichen gruppen in der brd und im ausland -- info-büro
- sicherung der existenz bei politaktivitäten, z.b. arbeitsmöglichkeit, wenn man gefeuert wurde.

(das heißt nun nicht, daß jeder sofort seinen job aufgeben soll. "gute jobs", vor allem teilzeit oder solche mit agitationsmöglichkeiten (lehrer) sollen solange wie möglich gehalten werden). Durch die materielle sicherheit, die durch dieses projekt gegeben sein wird, kann jeder in seinem bereich mehr riskieren.

Wir wollen uns keine gemütliche insel schaffen und verstehen uns durchaus als bestandteil dieser gesellschaft, in der von tag zu tag mehr menschen aus politischen gründen ermordet werden.

Eine veränderung der politischen verhältnisse muß nicht nur auf der ökonomischen ebene, sondern in allen bereichen vorangetrieben werden!

Kontakt und Informationsaustausch mit ähnlichen gruppen ist immer willkommen

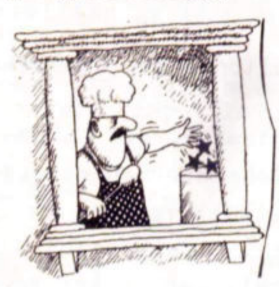
SCHWARZMARKT
2 HAMBURG 13
Bundesstr. 9 elb

Tel.:
040/ 4104228

In Berlin gibt es gruppen, die bißchen was ähnliches versuchen. (s. INFO 62 Handwerkerkollektive).

Außerdem treffen sich jeden donnerstag 18h leute, die ähnliches vorhaben, im FORUM KREUZBERG, Eisenbahnstr. 21, Tel: 6182222.

Im nächsten info wird ein bericht dieser gruppen stehen.

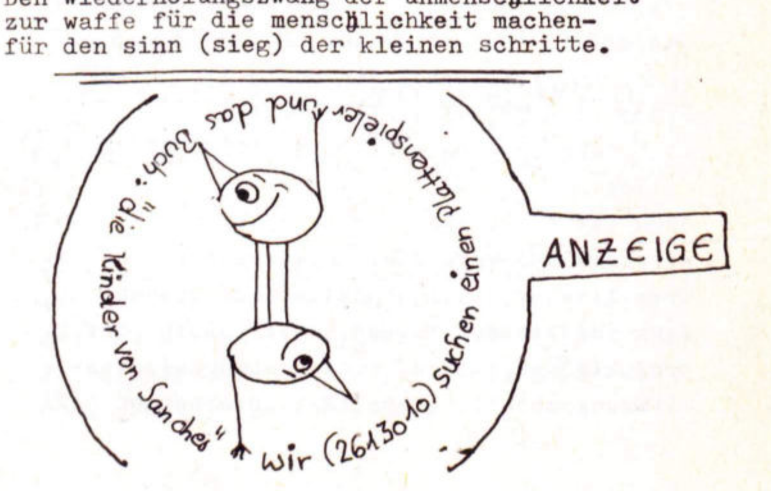


Unterstützt die "roten" Suppenkollektive!

## IN DER LINKEN STECKT DIE RECHTE

(die 527zigste Moralpredigt)

Eines bedingt das andere: Hier werden inhaltliche freundschaften unmöglich aufgrund der fehlenden gemeinsamen realität, bzw. der gemeinsamen veränderung der realität. Umgekehrt sind solche freundschaften nur sinnvoll auf dem boden einer solchen gemeinsamkeit.
Ich weiß nicht wo beginnen.
Politik in Berlin heißt politik im schlechtesten, abstrakten sinn. LEUTE treffen sich aus individueller motivation zu anlässen : z. b. verhaftung von Ströbele+ Croissant, oder dem tod von K.Hammerschmidt. Anlässe, die o oft schon keinerlei möglichkeit der solidarisierung anderer menschen in sich tragen, zumindest nicht als isolierte akte. LEUTE, gruppenmitglieder, individuen treffen sich, kommen aus ihren lebens- bewußtseinprozessen, die den jeweils anderen unzugänglich sind, alle mit dem anspruch : " es muß etwas getan werden, jetzt sofort." Meinungen, standpunkte werden vertreten, taten vorgeschlagen. Die meinungen, taten bleiben unvermittelt, da keiner vom anderen mehr weiß als den politischen standpunkt den er vertritt. Die diskussionen verkommen zur parlamentsdebatte, zur gegenüberstellung von meinungen. Der anspruch , das einzig verbindende wird zum hemmschuh. Nicht menschen, sondern politikanten stehen einander gegenüber. Aktion - Agitation - Diskussion heißt nicht mehr gemeinsam leben - erleben - lernen - kennenlernen -usw. Abstaktion, entfremdung , isolation tanzen durch die reihen. Die konkretion mensch sitzt und staunt, versucht sich zu vermitteln, wird niedergebrüllt und schweigt. In seiner funktion als politikant(in) macht er (sie) 1) ein schlechtes flugblatt 2) eine langweilige demonstration, ein lebloses teach-in 3) geht allein "nach hause" und fühlt sich leer und sprachlos. Dort wo das schlechte leben sich abspielt, wird geklagt, geweint und zwar vereinzelt und genauso abstrakt weil in der trennung von "politik" und "leben", die unmöglichkeit der politischen, d.h. wirksamen, erlebbaren handlung sichtbar wird.
Was uns fehlt ist das interesse, dei anteilnahme FÜR die genoss(inn)en und solange wir keine zeit haben kollektive lebensformen für uns zu entwickeln, unsere schwächen zu erkennen und anzuknaksen, so werden wir keinen hund aus dem haus locken, um mit uns zu kämpfen, viel weniger noch denkende und leidende menschen.
Den Wiederholungszwang der unmenschlichkeit zur waffe für die menschlichkeit machen- für den sinn (sieg) der kleinen schritte.



Aber eins weiß ich, und da bin ich mir sicher:

# dieses land ist es auch nicht




ein bericht von einer reise in die cssr

als ich zuerst mit 14 bei einem ddr-besuch mit "sozialismus" konfrontiert wurde, hatte ich meinen alten neben mir. mit dem, was er von der ddr kannte, hatte er alle scheiße in "seinem" unternehmerstaat zu verdrängen gelernt.
ich versuchte damals, wenn auch halbherzig, das ganze ihm gegenüber zu verteidigen, die guten seiten herauszustellen. am ende landete ich bei einem vergleich der zahl der toten während der okkupation (besetzung) bzw. dem vietnamkrieg. als wenn dem menschen eine unterdrückung angenehmer werden würde durch eine noch schlimmere.

von leuten, die eine klassenfahrt nach prag gemacht hatten, erfuhr ich später nur soviel, daß sie sich am pilsener urquell vollgesoffen hatten, mit der einkaufstasche durch die stadt gehetzt waren und hinterher auch das letzte reaktionäre arschloch in der klasse eine halbwegs vollständige marx-engels sammlung besaß.

inzwischen weiß ich sehr genau, daß weder 100 jahre vollkapitalismus noch 3 jahrzehnte vereinsdiktatur/parteikram ein alibi gegen den kampf gegen beide systeme ist.
es sind unterschiedliche systeme der ausbeutung, die man der elend langen epoche des kapitalismus auf der erde zurechnen muß. es war trozdem schön, zu erfahren, daß im "ostblock" jede menge los ist, wir dort leute haben, die wir mit händen und füßen verteidigen müssen, die uns brauchen, die wir brauchen. ich will versuchen euch das klarzumachen, was ich in einigen tagen lebendigen tagen mitbekommen habe.

arbeitslosigkeit zb. sollte es dort offiziell nicht geben. man trifft sie jedoch in etwas versteckterer form wieder:
die eine form besteht darin, daß sie gerade in der verwaltung andauernd leute für irgendeinen blödsinn einstellen, obwohl dafür weniger leute reichen würden.bei direkter verwaltung durch die leute selber würde sich die funktion als überflüssig erweisen. so ist die verwaltung ein träger, unproduktiver apparat, während oft in den firmen qualifizierte kräfte fehlen. die andere form von arbeitslosigkeit besteht abgestuft in berufsverboten und arbeitslager.
ins arbeitslager kommen unter bestimmten umständen "asoziale" und linke elemente - wenn sie bestimmte arbeiten nicht angenommen haben. es ist nämlich so, daß man arbeit vom staat zugewiesen bekommt. es kommt vor, daß diese arbeit so beschissen ist, daß sie nicht ausgeübt wird. bei links-unbürokratischen elementen kommt es vor, daß der staat ihnen arbeit zuweist, die sie nicht ausüben können, entweder weil ihnen die kenntnisse fehlen, oder weil sie aufgrund 'ner krankheit zb. keine schwerarbeit leisten können. über genaue zahlen verfüge ich hier leider nicht- in den zeitungen steht sowas ja auch nicht.

alle leute, die etwas mit dem prager frühling 68, dieser wechselhaften und stürmischen jahreszeit im sinne hatten, haben heute große schwierigkeiten, eine arbeit zu finden, die ihrer qualifikation oder gar ihren interessen entspräche. hat die eigentliche arbeitsstelle zugesagt, interveniert BIG BROTHER und sagt: no sir, wo kämen wir denn da hin!

da ein großer teil der jugend und wissenschaft mit diesem unwetter, dem "kleinbürgerlichen modell des sozialismus mit menschlichem gesicht" kpc 71) zu tun hatte, ist es kein wunder, daß von der schicht der lehrer und wissenschaftler und der techniker, nur eine verkommene, korrupte schicht übrigblieb, d.h. durch agenten- und parteisieb rutschte.
in einer zeit, wo das regime den arbeitenden große opfer und immer größere anpassungsleistungen abverlangt, und zwar unter hinweis auf künftiges heil, wo die verhältnisse selbst dabei manche leute wieder zum beten bringen, da reden diese erziehungskader von den 'gesetzen' des sozialismus und wollen dem volk atheismus mit dem hammer in den kopf schlagen.
sie sabbeln von der -stalinschen - widerspiegelungstheorie, um sich ihrer wirklichen großen eigenen philosophen und kulturtypen zu berauben oder auch, um einen salvadore dali zu verbieten.



Zur Krise in der westlichen Welt meinte Havemann, Drohungen mit Waffengewalt gegen die Ölländer zeigten, daß der Kapitalismus mit der Wahl seiner Mittel nicht zimperlich sei. Die sozialistischen Staaten müßten aber daran interessiert sein, daß es nicht zu einer tödlichen Krise und zu einem Untergang des Kapitalismus komme, weil sie darauf nicht vorbereitet seien. Hätte man den „Prager Frühling" nicht zerstört, sondern ihn sich ausbreiten lassen, dann wäre der Sozialismus inzwischen so attraktiv, daß der Kapitalismus getrost in eine tödliche Krise hineinkommen dürfte, ohne daß die Gefahren „so groß für uns alle" wären.

TSF.

Die westliche Konsumgesellschaft mache den Menschen zum Sklaven, und in dieser Unfreiheit erlösche jedes Interesse für Kultur Kunst und Politik. Damit werde der Mensch unpolitisch gemacht, meinte Havemann.

Professor Robert Havemann

so ist folgende begebenheit, die man sich dort erzählt, kennzeichnend für das gesamte unterrichtssystem geworden:
eine erste oder zweite klasse machte sich mit ihrem klassenlehrer einen wandertag in einen der schönen tschechischen wälder. während dem spaziergang huschte den kindern plötzlich ein hase über den weg. der lehrer fragte die verblüfften kinder, was das wohl für ein tier gewesen wäre. ein kind meinte: genosse lehrer, das war bestimmt ein fuchs.

Fortsetzung folgt

verantwortlich i.S.d.P. Rosa Leviné
Impressum S. 4

# INHALT






TERMINE des AKTIONSKOMITEES gegen BERUFSVERBOTE.

Arbeitsgruppen des Komitees:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| AG 1 ( Uni- Initiativen) | Freitag | im Büro erfragbar | | |
| AG 2 ( Beratung der Betroffenen ) | im Büro erfragbar | | | |
| AG 3 ( Dokumentation ) | Freitag | 16.oo | Garystr. 20 | |
| AG 4 (Öffentlichkeitsarbeit) | Samstag | 10.oo | OSI E 1 | Flugblattaktion z. Lehrerkongr. Verteiler |

Fachbereichsinitiativen:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| FB 10 WE2/FB 12 *+ Handelslehrer | Dienstag | 14.oo | Foyer | Perspektiven der Arbeit |
| FB 13 | Dienstag | 14.oo | Aufenthaltsraum Historiker | |
| FB 15 | Freitag | 15.oo | OSI-Foyer | OSI-Initiativen |
| FB 19 | Donnerstag | 16.oo | Villa, Teeküche | Perspektiven der Arbeit |
| FB 16 | Montag | 16.oo | Rostlaube Aufenthaltsraum der Germanisten | |
| Handelslehrerplenum im FB 12 | Mittwoch | 14.oo | Wiso Raum 1o3 | |
| FHW | Mittwoch | 12.oo | FHW/ Raum 22 | Arbeitsperspektiven, Politisierung von Studenten |
| ZI 1 | Donnerstag | 13.oo | OEI/ Raum 01 | |
| HAW | Donnerstag | 19.oo | HAW Kulmerstr.20a Tel. 215 37 42 | Berufsverbot f. Schwule |
| Hg I | Freitag | im Büro erfragbar | | |

AKTIONSKOMITEE GEGEN BERUFSVERBOTE
- SEKRETARIAT -
1000 B E R L I N =33
Ihnestr. 21 (OSI), Raum 100
Tel. 838 23 30

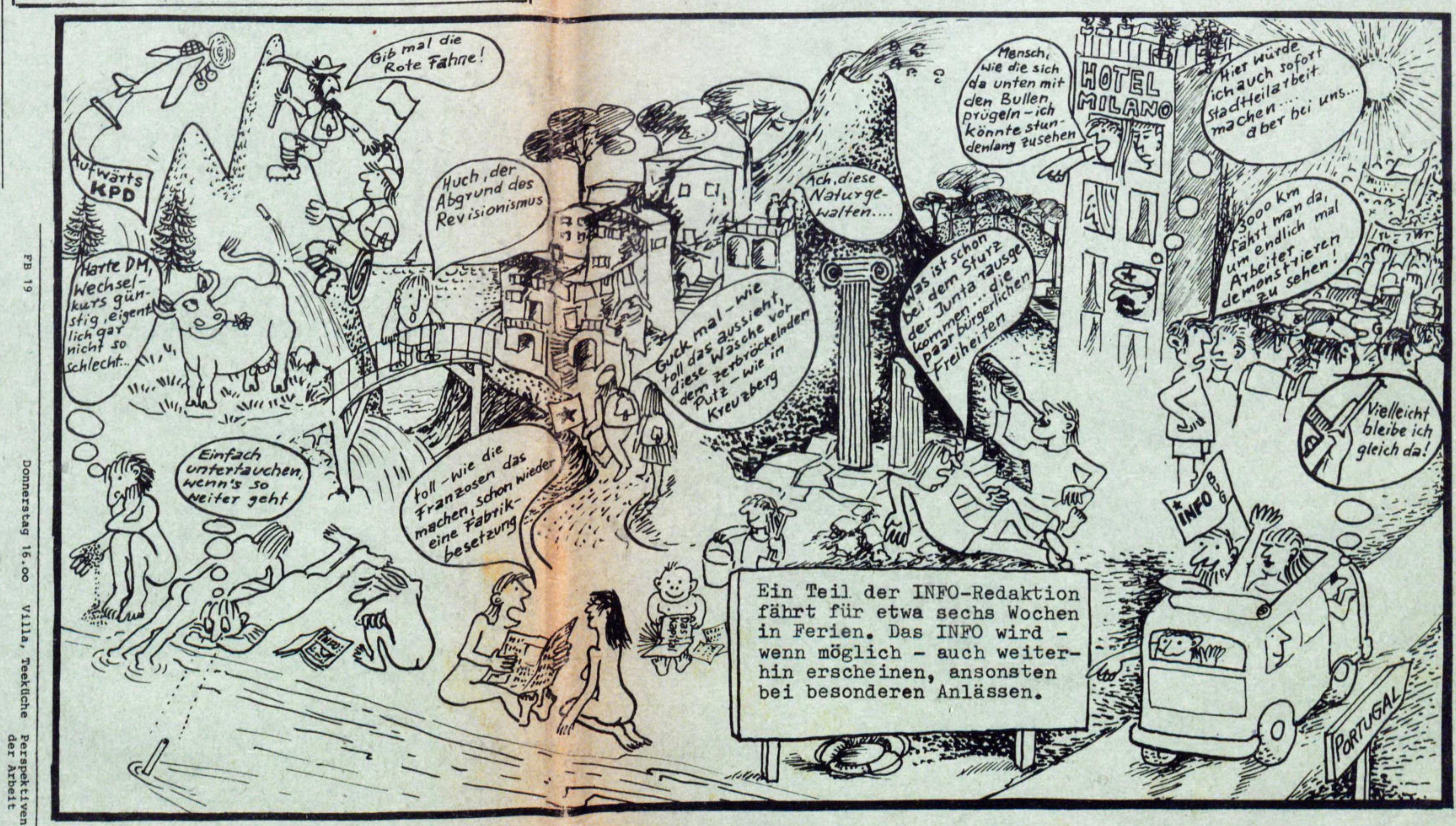
verantwortlich i.S.d.P. Rosa Leviné
Impressum S. 4

# INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN 65

7.7.75 WÖCHENTLICH 2. JHG. DM 0.50

## INHALT






Ein Teil der INFO-Redaktion fährt für etwa sechs Wochen in Ferien. Das INFO wird - wenn möglich - auch weiterhin erscheinen, ansonsten bei besonderen Anlässen.

TERMINE des AKTIONSKOMITEES gegen BERUFSVERBOTE.

Arbeitsgruppen des Komitees:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| AG 1 ( Uni- Initiativen) | Freitag | im Büro erfragbar | | |
| AG 2 ( Beratung der Betroffenen ) | im Büro erfragbar | | | |
| AG 3 ( Dokumentation ) | Freitag | 16.oo | Garystr. 20 | |
| AG 4 (Öffentlichkeitsarbeit) | Samstag | 10.oo | OSI E 1 | Flugblattaktion z. Lehrerkongr. Verteiler |

Fachbereichsinitiativen:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| FB 10 WE2/FB 12 *+ Handelslehrer | Dienstag | 14.oo | Foyer | Perspektiven der Arbeit |
| FB 13 | Dienstag | 14.oo | Aufenthaltsraum Historiker | |
| FB 15 | Freitag | 15.oo | OSI-Foyer | OSI-Initiativen |
| FB 19 | Donnerstag | 16.oo | Villa, Teeküche | Perspektiven der Arbeit |
| FB 16 | Montag | 16.oo | Rostlaube Aufenthaltsraum der Germanisten | |
| Handelslehrerplenum im FB 12 | Mittwoch | 14.oo | Wiso Raum 1o3 | |
| FHW | Mittwoch | 12.oo | FHW/ Raum 22 | Arbeitsperspektiven, Politisierung von Studenten |
| ZI 1 | Donnerstag | 13.oo | OEI/ Raum 01 | |
| HAW | Donnerstag | 19.oo | HAW Kulmerstr.20a Tel. 215 37 42 | Berufsverbot f. Schwule |
| Hg I | Freitag | im Büro erfragbar | | |

AKTIONSKOMITEE GEGEN BERUFSVERBOTE
- SEKRETARIAT -
1000 B E R L I N 33
Ihnestr. 21 (OSI), Raum 100
Tel. 838 23 30